

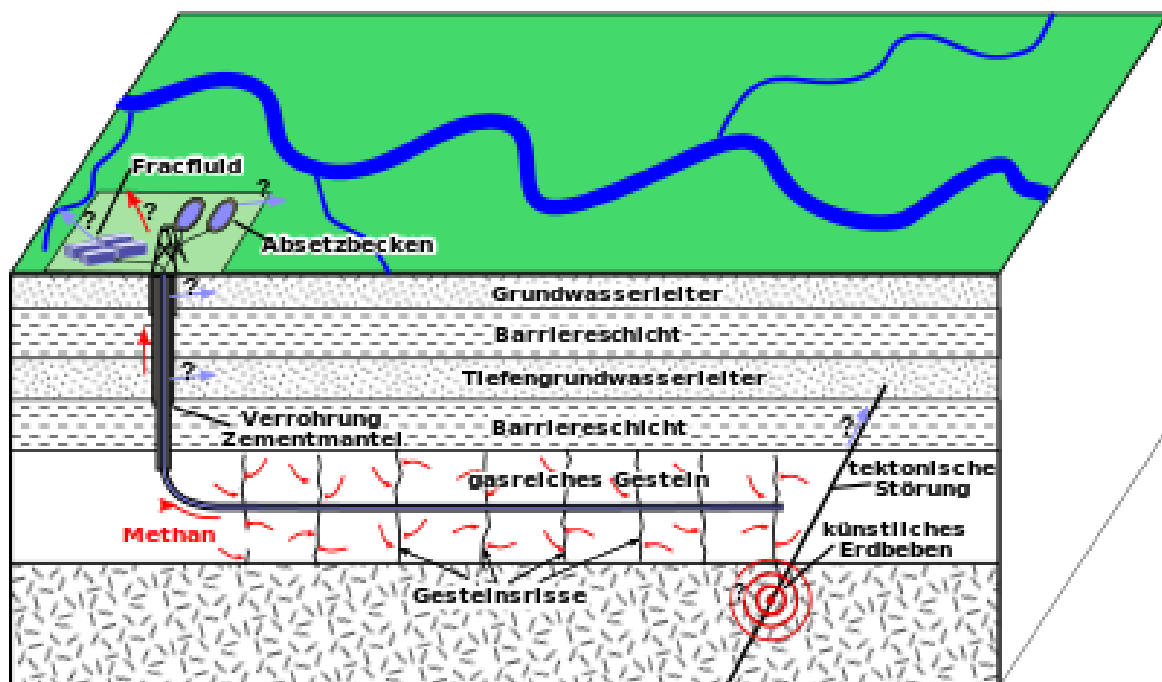


Fracking – Fluch oder Segen?

Rettung vor dem Klimawandel, Naturgas ohne Ende, Stillung unseres Energiehungers, Energieautarkie – die einen versprechen sich von den sogenannten unkonventionellen Gasvorkommen das Energieparadies auf Erden. Die anderen befürchten die Vergiftung unseres Grund- und Trinkwassers, die Zerstörung ganzer Natur- und Kulturlandschaften und das für wenig mehr als ein Jahrzehnt Förderung - denn der sogenannte Peak Shale-Gas sei eher erreicht, als die begeisterten Befürworter wahrhaben wollten, die Vorkommen würden viel zu optimistisch geschätzt.

Was stimmt? Wer hat Recht? Wo muss noch geforscht werden? Zur Urteilsbildung bietet [Solarify](#) ein Dossier an mit sämtlichen zum Thema auf der Seite veröffentlichten Studien, Informationen, Entscheidungen und Links.

Grafik © Wikimedia



Inhalt

Fracking	3
IZT veröffentlicht Jahresbericht 2011	3
Gutachten: Fracking nur mit strengen Auflagen	5
NRW-Landesregierung stellt Fracking-Gutachten vor	7
EU-Parlamentarier uneins über Schiefergas	8
Wann legt Bundesregierung klare Regeln zu Grundwasserschutz vor?	9
SPD-Kritik an Umweltpolitik der Regierung	9
Fracking – Nein Danke! am Bodensee	10
Kein Fracking in Trinkwasserschutzgebieten – und sonst?	11
Gesetze gegen Fracking?	12
Altmaier zu “Fracking”-Gesetzesentwurf	13
BDI begrüsst Fracking	14
Nichtkonventionelles Öl und Gas – folgen für das globale Machtgefüge	14
Altmaier: Fracking chancenlos	15
Fracking-Studie: “wir wissen zu wenig”	17
Schleswig-Holstein strikt gegen Fracking	21
Los Angeles will auf Kohlestrom verzichten	25
Fossile gehen schneller aus als gedacht	26
KfW: Wer nicht frackt verliert?	28
Energieminister beraten über EE und Fracking	28
VKU will Fracking-gesetz	30
Fracking-Gesetzesentwurf vorerst vom Tisch	31
Weltenergieerat warnt vor US-Fracking Gas	31
Asket unter Verbrennungsmotoren	33
2012: neuer CO ₂ -Rekord-Ausstoß	34
Das Kapitel Fracking im Koalitionsvertrag	36
Polen: Fracking pro Klima	37
Fracking rein wirtschaftlich gesehen	37
Kein Schiefergas-Wunder	39
Säulen der Energiewende	41
Wiwo-Green: So könnte Deutschland auf Putins Erdgas verzichten	42
Chancen für Fracking	42
Europäische Versorgungssicherheitsstrategie: Pro + Contra	43
Steinmeier warnt vor falschen Hoffnungen auf Fracking	45
UNEP-Chef: Deutschland mit Energiewende Vorreiter	47
Gegenentwurf zu Oettinger	48
Streit um Fracking in Deutschland	49

Fracking

Auch *Hydraulic Fracturing* (engl. *to fracture* ‚aufbrechen‘, ‚aufreißen‘), *Hydrofracking*, *Fracking*, *Fracking* oder *Frac Jobs* genannt, ist eine Methode der geologischen Tiefbohrtechnik, bei der durch Einpressen einer Flüssigkeit in eine durch Bohrung erreichte Erdkrustenschicht dort Risse erzeugt und stabilisiert werden. Ziel ist es, die Gas- und Flüssigkeitsdurchlässigkeit der Gesteinsschicht so zu erhöhen, so dass ein wirtschaftlicher Abbau von Bodenschätzen (z. B. werden Erdgas -sog. Shale Gas oder unkonventionelles Erdgas- und Erdöl viel billiger als die herkömmlichen Ressourcen – daher das Interesse daran) ermöglicht wird. Hydraulic Fracturing wird auch zur Vorbereitung der Nutzung von Geothermie angewendet.

Beim [Fracking](#) können Gase und krebserregende, ätzende oder hormonell wirksame Substanzen in den Boden und ins Grundwasser gelangen. Zudem kommen durch den Bohrvorgang Millionen Liter teils hochgradig kontaminierten Wassers an die Oberfläche und müssen „entsorgt“ werden. Bisher wird dieses giftige Rückholwasser meist einfach wieder in die Tiefe verklappt. Auch Landschaftversiegelung und ein hohes Transportaufkommen gehören zu den negativen Auswirkungen. Allerdings betreffen viele Probleme der Fracking-Technologie auch die konventionelle Erdgas-Förderung. Auch das angeblich so saubere Erdgas ist immer eine schmutzige Angelegenheit.

->Quelle(n): [Wikipedia](#); [umweltinstitut.org](#); siehe auch Studie des LBST für Europäisches Parlament: [lbst.de/Shale-Gas-update](#); Ausschnitt aus Matt Damons Fracking-Film "Promised Land" auf [YouTube](#)

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=5123>

IZT veröffentlicht Jahresbericht 2011

27. Juli 2012

**Kreibich: "2011 ereignisreich und erfolgreich"
Fragen zum Fracking**



„Das Jahr 2011 war für das [IZT \(Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin\)](#) mit dem 30jährigen Bestehen verbunden und aus der Sicht der Forschungsarbeit sowie den Bemühungen um Beiträge zu einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung ereignisreich und erfolgreich“, resümiert IZT-Direktor Rolf Kreibich. Der [Jahresbericht](#) bietet Einblick in die Ziele, Projekte und Ergebnisse sowie die vielfältige Arbeit zur Information und Orientierung von Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit.

Ausschnitte aus dem Bericht:

Die positiven Ergebnisse der Forschungsarbeiten in allen Forschungsbereichen des IZT lassen sich am besten an der fachspezifischen Resonanz sowie an Publikationen und Veranstaltungen und an der erfolgreichen Einwerbung von Forschungsmitteln ablesen. Wir können feststellen, dass die überwiegende Zahl der Vorhaben auf zufriedenstellende Akzeptanz und Umsetzungsmotivation bei den Auftrag- bzw. Zuwendungsgebern sowie den beteiligten Stakeholdern, insbesondere vor allem auch den kooperierenden Unternehmen gestoßen ist. Das resultiert sicher nicht nur aus unserer eigenen Arbeit, sondern auch aus den veränderten Rahmenbedingungen, die sich mit der intensiven öffentlichen **Energie-, Klima- und**

Ressourcendiskussion im Hinblick auf Chancen einer nachhaltigeren Entwicklung positiv verändert haben. Auch wenn wir am IZT keinesfalls einer „Katastrophenphilosophie“ das Wort reden, so ist doch unübersehbar, dass gravierende Störereignisse (in der Zukunftsforschung auch ‚Wild Cards‘ genannt) häufig mehr und manches auch viel schneller in eine zukunftsfähige Entwicklungsperspektive verändern als jahrelange Information und Aufklärung. In diesem Sinn ist sehr zu hoffen, dass sowohl die immer sichtbarer werdenden ökologischen Krisen, insbesondere die Folgen des **Klimawandels**, aber auch die Reaktor-Katastrophe von Fukushima neue Schubkräfte für Forschung, Innovation und Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit auslösen, um die selbstzerstörerischen Prozesse aufzuhalten und in zukunftsfähige Bahnen zu lenken.

Auch wenn sich die Zukunftsforschung sehr sicher ist, dass eine Perspektive der Nachhaltigen Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft möglich und machbar ist, so stellen sich sowohl für die Forschung als auch die Politik und die Wirtschaft neue Fragen und Aufgaben: Ist der welthistorische Beschluss **„Ausstieg aus der Kernenergie“** ohne grundlegende Eruption unseres demokratischen Gemeinwesens umzusetzen? Wie kann, wie soll das gehen? Vieles hängt vom Gelingen dieses Weges ab: die Überwindung der massiven Widerstände und gegenläufigen Energiestrategien in anderen Ländern, die Beherrschung des Klimawandels, der Schutz der Biosphäre vor radioaktiver Verstrahlung, die Erhaltung der lebenswichtigen tropischen Regenwälder. An der Überwindung dieser grundlegenden Herausforderungen versucht das IZT einen Beitrag durch Forschung, Entwicklung und nachhaltige Zukunftsgestaltung gemäß unseren Möglichkeiten und Kräften zu erbringen.

Hektisch wird an vielen Stellen der Erde und der Meere nach neuen und teilweise höchst gefährlichen Öl- und Gasquellen und Alternativen gesucht. Aber ist die Öl- und Gasförderung in immer tieferliegenden Gesteinsschichten der Ozeane nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko und den Risiken der vielen Gasbohrinseln noch zu verantworten? Ist das Aufbrechen von meist tiefliegendem Gestein mit Erdgaseinschlüssen und des Herauspressen des Gases (Fracking) unter den enormen ökologischen und sozialen Folgen ein vertretbarer Weg?

Weitere kolossale Probleme tun sich weltweit allein in der Energiepolitik auf. Trotz Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima haben bereits einige Länder eine Atomkraft-Renaissance angekündigt. Dass dieser Weg aus Sicherheits- und Gesundheitsgründen in den Abgrund führt, sollte hinlänglich bekannt sein. Weniger ist wohl bis heute das Zukunftswissen verbreitet, dass die Atomenergie auch aus wirtschaftlicher und ökologischer Perspektive die am negativsten zu bewertende Energieform ist. Nicht nur, dass zusätzlich Schutzmäntel und Sicherheitstechniken für Erzeugungsanlagen gigantische Zusatzkosten verursachen. Heute wissen wir, dass der Rückbau von 800 Megawatt-Kraftwerken etwa 7 bis 9 Milliarden Euro verschlingen und die Sanierung des hochgefährlichen Zwischenlagers Asse für leicht- und mittelradioaktive Abfälle mindestens Kosten von 7 Milliarden Euro nach sich ziehen wird. Auch der Bau neuer Kohlekraftwerke ist in Zukunft nicht nur aus Gründen horrender Umweltbelastungen und Umweltzerstörungen (Klimawandel, Gesundheitsgefahren, Luft-, Boden- und Wasserverseuchung) unverantwortbar, sondern auch die wirtschaftlichen Kosten sind, bezieht man die notwendigen Reparaturaufwendungen und Reinigungskosten ein, untragbar hoch.

So erfordert die Energiewende in allen Bereichen und möglichst weltweit konsequente Energieeffizienzsteigerungen, den Einsatz aller Erneuerbaren Energien, neue Energiespeichertechniken, neue Energiesysteme und -strukturen sowie ein nachhaltiges Konsumverhalten in allen Verbraucherbereichen.

->Quelle: [IZT Jahresbericht 2011 des IZT](http://www.solarify.eu/?p=7631); Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=7631>

Gutachten: Fracking nur mit strengen Auflagen

6. September 2012

BMU-Gutachten: Keine Erdgasbohrungen in Trinkwasserschutzgebieten – Presseerklärung des Bundesumweltministeriums und eine SPD-Stellungnahme



Die Fracking-Technologie, mit der Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten gefördert wird, kann zu Verunreinigungen im Grundwasser führen. Besorgnisse und Unsicherheiten bestehen besonders wegen des Chemikalieneinsatzes und der Entsorgung des anfallenden Abwassers, dem so genannten Flowback. Zu diesem Schluss kommt ein aktuelles Gutachten für das

Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt, das heute in Berlin von Bundesumweltminister Peter Altmaier und dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, vorgestellt wurde.

Zwar soll Fracking an sich nicht verboten werden. Aufgrund der gegenwärtigen Erkenntnislücken und der ökologischen Risiken empfiehlt das Gutachten aber strenge Auflagen für den Einsatz der Technologie sowie ein schrittweises Vorgehen. Die Gutachter plädieren unter anderem für ein Verbot von Erdgas-Fracking in Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten.

Bundesumweltminister Peter Altmaier begrüßt das Gutachten: “Die Ergebnisse und Empfehlungen des Gutachtens bringen uns in der Diskussion um Fracking ein großes Stück voran. Die Risiken für das Grundwasser sind klar benannt. Bevor Fracking zum Einsatz kommt, müssen sämtliche Bedenken ausgeräumt sein.” Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes: “Den Vorschlag, eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung einzuführen, halte ich für besonders wichtig. Unsere Trinkwasserressourcen dürfen wir nicht gefährden”. Beide sprechen sich für eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit aus.

Bei der Erdgasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten, zum Beispiel Kohleflözgas, können mehrere tausend Tonnen zum Teil gefährlicher, giftiger, gesundheits- und umweltgefährdender Chemikalien pro km² Fläche zum Einsatz kommen. Diese werden in einer so genannten Stützmittelflüssigkeit dazu eingesetzt, um erdgashaltiges Gestein aufzubrechen. Die derzeit vorliegenden Fakten reichten nicht aus, um mögliche Risiken abschließend bewerten zu können. Um die konkreten Auswirkungen bei der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Deutschland benennen zu können, fehlte es an wissenschaftlich fundierten Kenntnissen. Dies gilt insbesondere für potentielle Auswirkungen auf das Grundwasser. Eine interdisziplinäre Gruppe von Gutachtern hat nun die Risiken von Fracking mit besonderem Blick auf das Grundwasser untersucht.

Protest in Susquehanna County, Pennsylvania

Foto © [flickr.com](http://www.flickr.com)

Die Gutachter raten davon ab, Fracking derzeit großflächig zur Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen in Deutschland einzusetzen. Da es nach wie vor an vielen Daten zu den Lagerstätten, den



Auswirkungen von Bohrungen sowie den eingesetzten Chemikalien mangelt, empfehlen sie stattdessen im Rahmen von behördlich und wissenschaftlich eng begleiteten Einzelvorhaben schrittweises vorzugehen.

Weitgehende Transparenz fordern die Gutachter beim Einsatz von Chemikalien. Über deren Menge und Eigenschaften sollten vollständige Informationen vorliegen. Das gilt im Besonderen für ihr human- und ökotoxikologisches Gefährdungspotenzial. Zudem sollte geklärt werden, ob die Möglichkeit besteht, besorgniserregende Stoffe zu ersetzen. Insofern relevante Daten zu den beim Fracking eingesetzten Stoffen fehlen, kann nach Ansicht der Gutachter auch keine Genehmigung erteilt werden.

Das Gutachten schlägt weiterhin mehrere Änderungen im Berg- und Verwaltungsrecht vor. Demnach soll es für jede Erdgasbohrung mit Einsatz der Frackingtechnologie eine Umweltverträglichkeitsprüfung geben. Ziel ist es, die Beteiligungsrechte der Betroffenen und der Öffentlichkeit zu stärken. Um den Schutz der Gewässer zu gewährleisten raten die Gutachter, das Bergrecht so zu ändern, dass die wasserrechtlichen Prüfungen unter Federführung einer dem Umweltministerium unterstehenden Umweltbehörde erfolgen. Die umwelt- und sicherheitsrechtliche Genehmigung und Überwachung bergbaulicher Vorhaben sollte zudem dem Geschäftsbereich der Umweltministerien zugeordnet werden, um einen effizienten Umweltschutz durch eine funktionale und organisatorische Trennung vom Wirtschaftsressort zu gewährleisten. "Die Vorschläge werden nun intensiv zu prüfen und mit den Beteiligten zu diskutieren sein. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine für Alle akzeptable Lösung der Fracking-Problematik finden werden", so Bundesumweltminister Peter Altmaier.

SPD: Fracking-Gutachten zeigt Handlungsbedarf der Bundesregierung



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Schwabe, sieht in dem Gutachten im Grundsatz die Kritik der Opposition bestätigt: "Es greift unsere

Bedenken auf und unterstützt unsere Forderungen nach einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung und mehr Transparenz."

Nun habe die Bundesregierung kein Alibi mehr, Entscheidungen weiter hinaus zu zögern. Die schwarz-gelbe Koalition müsse sich entscheiden, ob sie auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger stehe oder ob sie Trinkwasserschutz und Öffentlichkeitsbeteiligung weiter ignoriere, um Lobbyinteressen zu bedienen.

CDU/CSU und FDP haben bis jetzt Vorschläge der Opposition für eine Verschärfung der Regeln für die Förderung von unkonventionellem Erdgas verhindert, selbst jedoch nichts vorgelegt. Nun gilt es keine Gutachtenwettläufe zu veranstalten, sondern die Erkenntnisse dieses Gutachtens und des Gutachtens der NRW-Landesregierung, das morgen vorgestellt wird, zu nutzen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Deshalb halten wir unsere Forderung nach einem Monitoring für Fracking auf Bundesebene aufrecht, bis Klarheit über die Risiken und Einigkeit über die notwendigen Regelungen besteht.

->Quelle: www.bmu.bund.de; www.spdfraktion.de; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=9348>

NRW-Landesregierung stellt Fracking-Gutachten vor

8. September 2012

SPD: "NRW treibt Fracking-Debatte voran, Schwarz-Gelb zaudert weiter"



Die nordrheinwestfälische Landesregierung stellte am 07.09.2012 ein [Gutachten zum umstrittenen Fracking](#) (der unkonventionellen Förderung von Erdgas) vor. Frank Schwabe, stellvertretender umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, nennt das "von Anfang an den richtigen Weg. Erst alle Erkenntnisse auf den Tisch, eine Anpassung der rechtlichen Anforderungen vornehmen und sich Zeit lassen mit der Erkundung eines umweltschonenden Verfahrens". Das seien die zentralen Erkenntnisse der NRW-Studie. Die schwarz-gelbe Bundesregierung habe dagegen vom ersten Tag der Debatte getrieben werden müssen. Mittlerweile komme ihre eigens von ihr in

Auftrag gegebene Studie zu ähnlichen Ergebnissen. Keine Weiterentwicklung des Frackings ohne umfassende Umweltverträglichkeitsstudie für jedes Projekt und umfassende Beteiligung und Transparenz.

Schwabe bemängelt: "Doch von Schwarz-Gelb gibt es im Gegensatz zur Landesregierung in NRW weiter keine klare Ansage. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung die Anträge von NRW im Bundesrat konstruktiv begleitet, durch ein umfassendes Moratorium Rechtssicherheit schafft und Schwarz-Gelb den klugen Weg von NRW auch in anderen Bundesländern wie in Niedersachsen geht." Aus der ganzen Debatte sollten die richtigen Lehren auch für andere Infrastrukturprojekte in Deutschland gezogen werden: ohne einen transparenten Entscheidungs- und Beteiligungsprozess seien Infrastrukturprojekte im heutigen Deutschland zu Recht nicht mehr durchsetzbar.

"Rot-Grün nimmt die Risiken ernst", so Schwabe, "gewichtet aber durchaus auch die Chancen, die es für Deutschland in einer eigenen Erdgasproduktion gibt. Aber eben nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt."

BUND und Bürgerinitiativen fordern generelles Fracking-Verbot

Das NRW-Gutachten bestätigt weitreichende Risiken der Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten, so das erste Urteil des BUND: "Der BUND und „gegen-gasbohren.de“ begrüßen die heute von Umweltminister Johannes Remmel vorgelegte NRW-Studie zu den Risiken der umstrittenen Fracking-Technologie. Damit werde eine umfassende neutrale Bewertungsgrundlage vorgelegt, die noch über die gestern von Bundesumweltminister Peter Altmaier veröffentlichte Studie hinausgehe. Gleichzeitig warnen die Fracking-Kritiker vor zu hohen Erwartungen an die Studie. Sie stelle keine „Blaupause“ für anstehende Genehmigungen dar und könne ein notwendiges generelles Fracking-Verbot nicht ersetzen."

->Quelle: www.spdfraktion.de; Kurzfassung: www.bund-nrw.de/FINAL.pdf

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=9500>

EU-Parlamentarier uneins über Schiefergas

23. September 2012

Fracking: Energiesicherheit versus Umweltbedenken



Die Erdgasförderung mittels "Fracking" ist umstritten – auch im Europaparlament. Während der Industrieausschuss die Erkundung der Schiefergas- und Schieferölessourcen in Europa vorantreiben will, fordert der Umweltausschuss dafür strengere Umweltschutzaufgaben.

Im Europaparlament wird derzeit darüber gestritten, ob sich der Schiefergasboom in den USA auch in Europa fortsetzen soll. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie verabschiedete am 18. 09.2012 einen Bericht, der auf die Vorteile der Schiefergasförderung und ihre Bedeutung für Energiesicherheit in Europa hinweist. Tags darauf nahmen die Abgeordneten des Umweltausschusses einen separat ausgearbeiteten Bericht an, der die EU-Kommission und staatliche Behörden auffordert, mögliche Gefahren der Schiefergasförderung genau zu prüfen.

Im Oktober werden die EU-Abgeordneten im Plenum über die Berichte der beiden Ausschüsse abstimmen. Beide Initiativberichte sind allerdings nicht Teil eines Gesetzgebungsprozesses und somit nicht rechtlich bindend.

Gebot in Deutschland, Verbot in Frankreich

Der Umgang mit dem Hydraulic Fracturing (Fracking) ist in Europa sehr umstritten. Einige EU-Staaten – Polen, Österreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden, Großbritannien – haben bereits Probebohrungen bewilligt. Andere Staaten wie Frankreich, Rumänien und Bulgarien haben sich gegen den Abbau von Schiefergas ausgesprochen. Frankreichs Präsident François Hollande hatte vorige Woche [angeordnet](#), dass alle sieben Anträge auf Hydraulic Fracturing abgelehnt werden. Er begründete die Entscheidung damit dass "niemand, wirklich niemand" Risiken für Gesundheit und Umwelt ausschließen könne, die eine Förderung von unkonventionellem Erdgas und Erdöl in Schiefergestein mit sich bringen könne.

In Deutschland soll das "Fracking" dagegen nicht verboten werden. Zu diesem Schluss kam ein Anfang September vorgestelltes Gutachten des Umweltministeriums. Allerdings sollten Fracking-Vorhaben in Deutschland nur unter strengen Auflagen genehmigt und wissenschaftlich begleitet werden (Solarify am [08.09.2012](#) und [06.09.2012](#)).

Riskante Förderung von Schiefergas

Um Schiefergas zu fördern, muss Wasser unter sehr hohem Druck in mehrere hundert Meter tiefe Bohrlöcher gepresst werden. Allein für die Bohrung werden rund 2,3 bis 4 Millionen Liter Wasser benötigt. Die anschließende Gasförderung schlägt mit weiteren 8 bis 14 Millionen Litern Wasser zu Buche. Da dem Bohrwasser Chemikalien zugesetzt werden, kann dabei auch Grundwasser verschmutzt werden. Misslingt das Abpumpen des Bohrwasser könnten auch anliegenden Seen und Flüsse verschmutzt werden. Wie bei Erdwärmebohrungen kann es auch zu lokalen Erdbeben kommen.

->Quelle und mehr: *Michael Kaczmarek* auf: <http://www.euractiv.de/energie-und-klimaschutz/artikel/fracking-eu-parlamentarier-uneins-ber-schiefergas-006739?newsletter>

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=9918>

Fracking: Wann legt Bundesregierung klare Regeln zu Grundwasserschutz vor?

30. September 2012

SPD zu Fracking



Erklärung des stellvertretenden umweltpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Frank Schwabe zur Behandlung des Fracking-Gutachtens des Bundesumweltministeriums im Umweltausschuss des

Deutschen Bundestages am 26.09.2012:

“Die Bundesregierung konnte in der Ausschusssitzung nicht erklären, welche konkreten Konsequenzen sie aus dem vorliegenden Gutachten ziehen wird. Schwarz-Gelb hat keinen klaren Fahrplan für die dringend notwendigen Gesetzesänderungen. Die Bundesregierung drückt sich weiterhin vor klaren Ansagen und setzt auf Verzögerung.”

Auf die Frage, ob die heutige laxen Praxis im Umgang mit Bohrwässern in Niedersachsen akzeptabel sei, habe die Staatssekretärin die Antwort offen gelassen. Es deutet sich an, so Schwabe, dass Schwarz-Gelb trotz der klar auf dem Tisch liegenden Erkenntnisse das Thema Fracking bis zur Bundestagswahl 2013 aussitzen möchte. Mit dem Vorliegen der beiden Gutachten vom Bundesumweltministerium und dem Land Nordrhein-Westfalen wachse allerdings der Druck auf Niedersachsen, die von Unternehmensinteressen geleitete Politik zu korrigieren.

->Quelle: www.spdfraktion.de

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=10251>

SPD-Kritik an Umweltpolitik der Regierung

7. November 2012

Umweltgesetzgebung: Öffentlichkeits-Beteiligung für Schwarz-Gelb rotes Tuch



“Die EU rügt Deutschland für die mangelnde Beteiligung von Umweltverbänden bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Schwarz-Gelb schreitet zur Tat, hat nichts Besseres zu tun, als die Beteiligungsrechte von Verbänden und natürlichen Personen faktisch noch weiter zu beschränken.” So kritisierte Matthias Miersch, umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion die im Umweltausschuss des Bundestages verabschiedete Novelle zum Umweltrechtsbehelfsgesetz. Transparenz und Bürgerbeteiligung seien für die schwarz-gelbe Koalition ein rotes Tuch. Der neue Gesetzentwurf zum

Umweltrechtsbehelfsgesetz sei “geprägt vom tiefen Misstrauen der Regierung gegenüber dem Sachverstand durch die Verbände, den diese einbringen”. Er bleibe sogar weit hinter der von

Deutschland ratifizierten Aarhus-Konvention zu Beteiligungsrechten zurück. Miersch: "Die Bundesregierung sollte sich schon jetzt auf die nächste Abmahnung aus Brüssel einstellen".

Keine Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Fracking-Vorhaben mehr

Bezeichnend für die Haltung von Schwarz-Gelb sei ebenfalls, dass die in früheren Entwürfen des Gesetzes noch enthaltenen Vorschriften zu Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Fracking-Vorhaben in der Endfassung nicht mehr vorkämen. "Während nunmehr zwei verschiedene Umweltminister über mehrere Jahre angekündigt hätten, gesetzliche Regelungen zum Fracking vorzulegen, wird die beste Gelegenheit für eine schnelle und wirksame Verbesserung der Zustände bewusst nicht wahrgenommen. Ein solches Vorgehen ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten."

Schwarz-Gelb schützte beim Umweltrechtsbehelfsgesetz aber auch gleich das Kind mit dem Bade aus und greife ohne Not tief in die Rechtsdogmatik der Verwaltungsgerichtsordnung ein. Nicht nur in der Anhörung vor dem Umweltausschuss, sondern auch durch zahlreiche Gutachten und Stellungnahmen seien die Berufsverbände der Verwaltungsrichter und Rechtsanwälte gegen diese Änderung Sturm gelaufen. Die heutige Sitzung des Umweltausschusses habe einmal mehr dokumentiert, dass "die zuständigen Politiker der Koalition nicht einmal dieses Problem erkannt haben".

Mit den im Gesetzentwurf enthaltenen verschärften Klageregelungen würden die Hürden für die Verbände unnötig hoch gehängt; zu der von Schwarz-Gelb behaupteten Verfahrensverkürzung führe dies nicht. Darüber hinaus würden durch die Modifizierung der Verwaltungsgerichtsordnung die Einschränkung und Verschärfung des gerichtlichen Prüfmaßstabes zugunsten des Vorhabens bezweckt. Miersch: "Besonders problematisch ist die Regelung hinsichtlich des einstweiligen Rechtsschutzes, wonach dieser nur noch bei ernstlichen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Vorhabens gewährt werden soll. Eine Interessenabwägung der Vollzugsfolgen scheint dagegen überhaupt nicht mehr gewollt zu sein. Diese Regelungen werden sogar auf den Rechtsschutz von Individualklägern ausgedehnt. Das ist im Hinblick auf das Gebot des effektiven Rechtsschutzes nach Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes sehr bedenklich."

->Quelle: www.matthiasmiersch.de

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=11789>

Fracking – nein danke! am Bodensee

8. Dezember 2012

Bodensee-Anrainer lehnen Shale-Gas-Förderung ab



Unter dem Vorsitz von Regierungsrat Jakob Brunnschweiler (Appenzell Ausserrhoden) tagten am 07. 12.2012 die Regierungschefs und Regierungsvertreter der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) im schweizerischen Walzenhausen. Dabei wurde ein einstimmiger Beschluss gegen das umstrittene Fracking zur Erdgasförderung gefasst, berichtet

Landeshauptmann Markus Wallner. Neben der Kooperation im Hochschulbereich wurde auch die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Erneuerbarer Energien thematisiert.

Nachhaltige Energiepolitik

Ebenso thematisiert wurde die intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Erneuerbarer Energien in der Bodenseeregion, die heuer im Juli bei einem Strategiegelgespräch im schweizerischen Schwägalp vereinbart wurde. Vorarlberg soll dabei eine federführende Rolle einnehmen. Die Regierungschefs wurden aus erster Hand über die Absichten der Netzbetreiber informiert. "Mit dem ambitionierten Ziel der Energieautonomie bis 2050, dem vorhandenen Know-how im Land und den gesammelten Erfahrungen kann Vorarlberg für alle Akteure ein wichtiger Ansprechpartner sein", erklärte Wallner.

Hochschulzusammenarbeit weiter vertiefen

Erneuert wurde von den Regierungschefs und Regierungsvertretern im Rahmen des Treffens das klare Bekenntnis zur Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH). Von der Konferenz wurde der Abschluss einer vierten Leistungsvereinbarung genehmigt. Im Jänner 2013 werden Fachexperten aus den IBK-Ländern und -kantonen in einem Workshop die Ziele, Inhalte und Schwerpunkte der IBH für diese vierte Leistungsvereinbarung konkretisieren, informierte der Landeshauptmann.

Bayern übernimmt IBK-Vorsitz

Bei der Konferenz der Regierungschefs und Regierungsvertreter ging turnusgemäß der Vorsitz der Internationalen Bodensee Konferenz vom Kanton Appenzell Ausserrhoden an den Freistaat Bayern über. Seine Schwerpunkte wird Bayern auf die Zukunftsthemen Energie, Nachhaltigkeit und Jugend legen.

->Quelle und Foto: presse.vorarlberg.at; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=12833>

Kein Fracking in Trinkwasserschutzgebieten – und sonst?

16. Februar 2013

Fracking: Altmaier strebt Gesetz noch vor der Wahl an



Bundesregierung.

Bundesumweltminister Peter Altmaier will in Trinkwasserschutzgebieten die Gasförderung durch [Fracking](#) verbieten. Ein Gesetz solle noch vor der Bundestagswahl auf den Weg gebracht werden, so der Minister im "[3 Fragen – 3 Antworten](#)"-Interview für den YouTube-Kanal der

Auch außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten sei die



Fracking-Technik gründlich auf Umweltverträglichkeit zu prüfen. „In Europa gibt es überall dicht besiedelte Landschaften, unter denen dieses Gas vermutet wird. Ein Abbau ist nicht zu vertreten, solange nicht die Probleme geklärt sind“, erläutert Altmaier.



In den kommenden Monat will der Bundesumweltminister einen „sehr intensiven Dialog zwischen Unternehmen und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern“ führen.

Altmaier kündigt auch weitere Forschung auf diesem Gebiet an – zum Beispiel im Hinblick auf die Frackflüssigkeit, die tief unter der Erde in das Gestein gepresst wird, um Gas freizusetzen.

SPD dagegen

Die Sozialdemokraten fordern für die nächsten Jahre ein Verbot der umstrittenen Gasfördertechnik, denn: „Fracking“ ist unsicher und unrentabel, sagt SPD-Energieexperte Ulrich Kelber im [SPD.de-Interview](#). SPD.de: „Wie bei der Energiewende vollführt die Bundesregierung auch beim Thema ‘Fracking’ einen Eiertanz:



Vor der Landtagswahl in Niedersachsen hatte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung sich noch gegen die hoch umstrittene Technik zur Förderung von Schiefergas ausgesprochen. Vor ein paar Tagen dann die Meldung, die Bundesregierung wolle die Förderung doch ermöglichen. Am Montag schließlich ruderte Umweltminister Peter Altmaier (CDU) zurück: Man wolle ‘Fracking’ einschränken, nicht ermöglichen.“

->Quelle: www.youtube.com/bundesregierung – hier auch © Standfotos; spd.de; siehe auch Studie des LBST: lbst.de/Shale-Gas; Matt Damons Fracking-Film: Ausschnitt auf youtube.com

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=16613>

Gesetze gegen Fracking?

19. Februar 2013

Altmaier schließt Fracking-Verbot nicht aus



Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) schließt ein generelles Verbot der umstrittenen Gasförderung aus tiefen Gesteinsschichten nicht aus. Dies könne notwendig sein, falls neue Erkenntnisse es nahelegten, sagte Altmaier am Wochenende in einem [Interview mit der Tageszeitung Die Welt](#). Bisher sei aber die Faktenlage noch unzureichend. Bis zur Bundestagswahl solle allerdings ein Gesetz vorliegen, das die Förderung von Schiefergas in

Trinkwasserschutzgebieten verbietet. „Für alle anderen Bereiche wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung gesetzlich vorgeschrieben“, kündigte Altmaier an.

In seiner eigenen Partei stieß die Ankündigung auf harsche Kritik. „Fracking zu verbieten ist falsch!“, [sagte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates](#) Wolfgang Steiger. Der CDU-Politiker kritisierte die „unsachliche Diskussion“, die momentan zu einem „faktischen Fracking-

Moratorium“ geführt habe. Es sei “brandgefährlich, wenn die Politik zukunftsweisende Technologien auf dem Altar des Wahlkampfs opfern will”.

Zustimmung aus den Ländern

In den Bundesländern dürfte Altmaier dagegen Zustimmung finden. Schleswig-Holstein hatte gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Anfang Februar eine [Bundesratsinitiative gegen Fracking](#) gestartet und bei anderen Ländern Zustimmung gefunden. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) bekräftigte am Wochenende den Widerstand der Bundesländer gegen Fracking. Er verlasse sich nicht auf Altmaiers Aussage, diese Methode der Gasgewinnung in Deutschland nur unter hohen Auflagen zu erlauben, [sagte Albig der Neuen Osnabrücker Zeitung](#).

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) [fordert vom Bundesumweltminister](#), Konsequenzen aus seinen öffentlichen Überlegungen zu ziehen und schnell ein Fracking-Verbotsgesetz vorzulegen. Nach Ansicht von BBU-Vorstand Oliver Kalusch sind bereits genügend Fakten bekannt: “Die vorliegenden Gutachten aus den letzten zwei Jahren lassen keinen Zweifel aufkommen, dass es sich bei Fracking um eine unbeherrschbare Risikotechnologie mit katastrophalen Auswirkungen handelt.”

->Quelle: www.klimaretter.info; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=16762>

Altmaier zu “Fracking”-Gesetzesentwurf

26. Februar 2013

Rechtsrahmen soll erheblich eingeschränkt werden

Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium haben sich auf einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zum Thema [Fracking](#) geeinigt. Bundesumweltminister Peter Altmaier bezeichnet den Entwurf als einen “wichtigen Durchbruch” bei der Eindämmung der Gefahren der umstrittenen Erdgas-Fördertechnologie. Man habe die unbeschränkte, geltende Rechtslage erheblich eingeschränkt.

SPD: Schmalspurregelung im Schnellverfahren



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Schwabewirft der Bundesregierung vor, nach “jahrelangem Nichtstun legt Schwarz-Gelb jetzt im Schnellverfahren eine Schmalspurregelung für das Fracking vor”. Während grundsätzlich positiv zu bewerten sei, dass es eine Umweltverträglichkeitsprüfung für zukünftige Förderungen geben solle, blieben die Regelungen aber in weiten Bereichen hinter den Anforderungen zurück.

Vor den Wahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen habe Schwarz-Gelb noch einen anderen Eindruck erweckt,” jetzt wird die möglichst schnelle Durchführung von Fracking-Maßnahmen angestrebt. Trotz aller Rhetorik: das Durchsetzen von Fracking-Maßnahmen geht der Bundesregierung vor den Schutz von Mensch und Umwelt.”

Nach ausführlicher Debatte und auf Grundlage der bisher bekannten Gutachten zum Fracking habe der rot-grün dominierte Bundesrat vor wenigen Wochen einen klaren Beschluss gefasst. Dieser gute Beschluss müsse die Grundlage für das weitere Verfahren sein. Angesichts dieses umweltpolitischen Neulands sei ein „Schritt für Schritt“-Herantasten richtig. Die Bundesregierung hätte diesen Beschluss einfach übernehmen können. Grundlage des

Bundesratsbeschlusses sei ein Moratorium und seien wissenschaftlich begleitete Einzelbohrungen, deren Auswirkungen dann ausgewertet werden könnten.

„Vollkommen falsch ist, dass die Bundesregierung in Bohrfeldern, für die es bereits einen Rahmenbetriebsplan gibt, keine Umweltverträglichkeitsprüfungen anstrebt. Das betrifft vor allem Niedersachsen und entspricht der Haltung der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung, die im Bundesrat abgelehnt wurde. Damit wärmen Altmaier und Rösler eine im Bundesrat nicht zustimmungsfähige Position wieder auf.“

Keine Aussage finde sich zu giffreien Frackfluiden, die bereits von den Bohr-Unternehmen selbst in Aussicht gestellt würden. Auch ein Verbot des Verpressens der Rückflüsse in den Untergrund fehle. Becker: „Damit ist die Vorlage der Bundesregierung nicht zustimmungsfähig. Will Schwarz-Gelb ernsthaft noch eine Beschlussfassung in dieser Legislaturperiode muss die Bundesregierung schleunigst auf die Bundestagsopposition und die Bundesratsmehrheit zugehen.“

->Quelle: www.bmu.de; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=17275>

BDI begrüßt Fracking

26. Februar 2013

Förderung von Schiefergas stärkt Stärkung des Forschungs- und Technologiestandorts – Unterstützung für Fracking-Einigung der Regierung



„Es ist richtig und wichtig, dass die Nutzung von heimischem Schiefergas mittels Fracking nicht grundsätzlich für die Energieversorgung des Landes ausgeschlossen wird.“ Das sagte BDI-Hauptgeschäftsführer

Markus Kerber, anlässlich der Einigung der Regierung über einen Gesetzesentwurf zum Gas-Fracking am Dienstag in Berlin laut einer Pressemitteilung des BDI.

„Die vielfältigen Herausforderungen der Energiewende machen es notwendig, dass Deutschland als Rohstoffland und Technologiestandort gestärkt wird“, sagte Kerber. Erdgas werde noch für viele Jahre gerade zur Begleitung der erneuerbaren Energien in Deutschland gebraucht. „Der Regierungsvorschlag kann für mehr Rechtssicherheit sorgen. Der Schutz der Umwelt und die Gesundheit der Bürger müssen selbstverständlich gewährleistet bleiben“, betonte der BDI-Hauptgeschäftsführer. „Die nun von der Regierung vorgelegten Anpassungen des Rechtsrahmens berücksichtigen diese Ziele.“

Entscheidend sei, dass die Richtlinien zur Umsetzung die lokal sehr unterschiedlichen Gegebenheiten angemessen berücksichtigen. Kerber warnte davor, bürokratische Genehmigungsverfahren dürften nicht Investitionen behindern. „Jedes Projekt muss einzeln bewertet und geprüft werden.“

->Quelle: www.bdi.eu; [PM BDI 10 2013](#); Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=17293>

Nichtkonventionelles Öl und Gas – Folgen für das globale Machtgefüge

26. Februar 2013

Ein Lesehinweis aus der Stiftung Wissenschaft und Politik



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Die USA könnten weitgehend unabhängig von Energie-Importen werden. Dies läuft dem globalen Trend zuwider, denn die großen Verbraucherländer Europas ebenso wie China und Indien sehen steigenden Einfuhrabhängigkeiten bei den fossilen Energieträgern entgegen. Handelsströme und Versorgungssicherheitslage(n) verändern sich dadurch. Zudem unterscheiden sich die Energiepfade mit Blick auf den Energiemix weltweit, aber auch im OECD-Raum immer mehr. Momentan verschafft der Zugang zu unkonventioneller Energie den USA einen globalen Wettbewerbsvorteil. Das hat weitreichende Auswirkungen auf das ökonomische und geopolitische Machtgefüge. Russland als ehemals unverzichtbarer Energieriese und die Produzenten der OPEC müssen sich an die neue Marktsituation anpassen. Dabei bestehen enorme Ungewissheiten, wie sich die neue Weltkarte für Energie zusammenfügen wird.

->Quelle und ganzer Artikel: swp-berlin.org

Altmaier: Fracking chancenlos

28. Februar 2013

Shell Energie-Dialog in Berlin „Weltweiter Erdgasboom: Verliert Europa den Anschluss?“ – Noch 250 Jahre Erdgas



Der derzeitige Erdgasboom ist gewaltig und hat weitreichende Folgen auch für die Energiewende in Deutschland: „Vor unseren Augen vollzieht sich eine energiewirtschaftliche Revolution, die weltweit die bislang geltenden Prämissen auf den Kopf stellt“, erklärte Dr. Peter Blauwhoff, Vorsitzender der

Geschäftsführung Deutsche Shell Holding zum Auftakt des Shell Energie-Dialogs am 28. 02. 2013 in Berlin.

Große Mengen an Erdgas, die noch vor wenigen Jahren als nicht erschließbar galten, sind heute durch technische Innovationen förderbar. Allein in den USA wurde innerhalb von nur sechs Jahren die Gasproduktion um ein Viertel erhöht. Blauwhoff: „Nach heutigen Erkenntnissen reichen die weltweiten Gasreserven für die nächsten 250 Jahre. Nicht die Verfügbarkeit ist die Herausforderung, sondern der verantwortungsvolle Umgang mit ihnen.“

Weltweit gibt es also einen Erdgasboom. Droht aber Europa, den Anschluss zu verlieren? Das war die Frage, der hochkarätige Referenten und 450 Besucher auf dem Shell Energie-Dialog Ende Februar nachgegangen waren. Eingeladen hatten Shell und das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Klimaschutz im Blick

Die Lage in Europa ist unübersichtlich: „Zwei Jahre nach dem Reaktorunglück von Fukushima fehlen klare energie- und klimapolitische Prioritäten“, mahnte Dr. Matthias Bichsel, Director Projects and Technology, Royal Dutch Shell. Er forderte, die Energiepolitik eindeutig am Klimaschutz als oberstem Ziel auszurichten. Seine Schlussfolgerung: „Für Europa ist die Kombination von erneuerbaren Energien und dem saubersten fossilen Energieträger – nämlich Gas – die beste Lösung.“

Gas als Brückentechnologie – auch für Michael Sailer, Geschäftsführer des [Öko-Instituts](#), ist das der richtige Ansatz, um die Energiewende in Deutschland erfolgreich durchzusetzen. Er wies auf die vergleichsweise kohlendioxidarme Emission des fossilen Brennstoffes hin: „Erdgas erzeugt bei der Verbrennung 50 Prozent weniger klimaschädliches CO₂ als Braunkohle, 40 Prozent weniger als Steinkohle, und 25 Prozent weniger als Mineralölprodukte.“ Sailer glaubt aber nicht, dass die Gas-Revolution auf dem US-Markt Auswirkungen auf den Gaspreis in Europa haben wird. Anders als beim Öl gebe es für den Energierohstoff Gas keinen Weltmarktpreis.

Die Nachfrage nach Gas werde in den kommenden Jahrzehnten aufgrund des Energiehungers der Schwellenländer deutlich zulegen. Ein klares Konzept für den fossilen Brennstoff Gas im Energie-Mix sei daher dringend erforderlich – auch um den steigenden Einsatz der klimafeindlicheren Kohle zurückzudrängen. „Wir müssen Investitionsanreize für den Betrieb und den Neubau von modernen Gaskraftwerken schaffen“, fordert der Geschäftsführer des Öko-Instituts.

Emissionshandel schafft zu wenig Anreize zur CO₂-Vermeidung

Jeder Europäer verursacht pro Jahr durchschnittlich sieben Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids. „Schon diese Menge ist nicht nachhaltig“, sagt Bichsel. Noch inakzeptabler aber sei die Lage in Deutschland: „Der Pro-Kopf-Ausstoß beträgt hier 9,3 Tonnen CO₂ – trotz der großen Anstrengungen auf dem Gebiet der regenerativen Energien.“

Eigentlich sollte der europaweite Handel mit CO₂-Emissions-Zertifikaten Anreize zur Verminderung schaffen. „Doch das marktwirtschaftliche Instrument zur Lenkung von Investitionen in CO₂-ärmere Technologien funktioniert derzeit nicht“, so Technologie-Experte Bichsel. Die Wirtschaftskrise in weiten Teilen Europas hat die Nachfrage nach Zertifikaten sinken lassen. Seine Empfehlung an die EU-Politik, die von Deutschland unterstützt werden müsse: „Überschüssige Emissions-Zertifikate aus dem Markt nehmen!“

Bundesumweltminister Peter Altmaier erklärte, dass der Gas-Boom in den USA dort Kohle als Energieträger verdränge und die Preise für den fossilen Brennstoff auch auf den europäischen Märkten drücke. „Derzeit stehen Gaskraftwerke still, weil billige, abgeschriebene Kohlekraftwerke ins Netz drängen. Das müssen wir ändern“, sagte Altmaier und machte deutlich, dass die effiziente Nutzung etwa von Braunkohle auch künftig Teil der Energieversorgung in Deutschland bleiben solle.

Schiefergas keine Option

Keine Chance gibt Altmaier derzeit der Förderung von Schiefergas in Deutschland. Beim Hydraulic-Fracturing, kurz „Fracking“ genannt, wird eine Flüssigkeit mit hohem Druck in das Speichergestein gepresst. Meist verwendet man dabei Wasser, das mit verschiedenen Zusätzen versehen ist. Auf diese Weise kann das im Gestein gespeicherte Erdgas gewonnen werden. Das Verfahren gilt in der Öffentlichkeit allerdings als umstritten.

Mit Blick auf Pipeline-Anbindungen in Deutschland und die Verschiffung von verflüssigtem Erdgas (LNG) sieht Matthias Bichsel von Shell derzeit allerdings keine Notwendigkeit für die Schiefergas-Förderung hierzulande. Die Versorgung mit herkömmlichem Gas aus den unterschiedlichsten Lieferregionen sei gesichert.

Welche Bedeutung die Gasförderung auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland habe, diese Frage stellte Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forums für Zukunftsenergien e.V., in ihrem Schlusswort: „Ein Thema, dem wir in einem weiteren Energie-Dialog werden nachgehen können“.

->Quelle: shell.de; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=18358>

Fracking-Studie: “Wir wissen zu wenig”

11. März 2013

Minister-Entwürfe zum Fracking unzureichend



Der gemeinsame Vorschlag der Bundesminister Rösler und Altmaier zum Fracking vom 25.02.2013 enthält Entwürfe zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeits-Prüfung ([UVP](#)) bergbaulicher Vorhaben ([UVP-V Bergbau](#)) und zur Änderung des **Wasserhaushaltsgesetzes** ([WHG](#)). Die Änderung der UVP-V Bergbau kann nur mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedet werden. Sie weicht aber in einigen Punkten von einem erst am 14.12.2012 vom Bundesrat beschlossenen Änderungsentwurf ab. Der

Vorschlag zur Änderung des WHG muss als Gesetzesvorschlag in den Bundestag eingebracht von diesem verabschiedet und dem Bundesrat zugeleitet werden.

Die Umwelt-Anwalts-Sozietät [GGSC](#) (Gaßner, Groth, Siederer & Coll.) hat gemeinsam mit der [ahu AG](#), dem [IWW](#) Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasser-, Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und dem Institut für angewandte Geowissenschaften der TU Darmstadt ([IAG](#)) im Auftrag des Umweltbundesamtes ein [Gutachten](#) zu den Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus konventionellen Lagerstätten (Stand August 2012) erarbeitet. Die Ministerentwürfe setzen die Empfehlungen der Gutachter jedoch nur teilweise um:

1. Die verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung für Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas zu gewerblichen Zwecken durch Tiefbohrungen mit Aufbrechen von Gestein unter hydraulischem Druck ist zu begrüßen. Es fehlt eine UVP-Pflicht für Fracking zu wissenschaftlichen Zwecken und für die Verpressung des Flowbacks.
2. Die vorgesehene Übergangsvorschrift führt dazu, dass alle bis zum Inkrafttreten noch rechtzeitig beantragten Vorhaben keiner UVP unterliegen. Möglicherweise wird Fracking sogar in allen bereits vorhandenen Bohrungen ohne UVP erlaubt.
3. Die UVP-Richtlinie der EU verlangt generell für Tiefbohrungen seit langem eine Vorprüfung, ob eine UVP erforderlich ist. Der Änderungsvorschlag wird dem in zweierlei Hinsicht nicht gerecht:
 - a) Die Übergangsvorschrift nimmt bereits begonnene Vorhaben und Verfahren von jeder UVP- und UVP-Vorprüfungspflicht aus.

- b) Tiefbohrungen, in denen (zunächst) kein Fracking vorgesehen ist, unterliegen weiterhin keiner UVP-Vorprüfungspflicht.
4. Der Vorschlag zur UVP bei Erdwärmebohrungen bevorzugt Kohlenwasserstoffbohrungen ohne sachliche Rechtfertigung. In Naturschutzgebieten ist jede tiefe Erdwärmebohrung, aber nicht jede gleich tiefe Bohrung nach Kohlenwasserstoffen oder zur Verpressung von Lagerstättenwasser UVP-pflichtig. Sinnvoll wäre in beiden Fällen eine Vorprüfung des Einzelfalls.
 5. Der öffentlich auszulegende Rahmenbetriebsplan soll Angaben über die Behandlung der eingesetzten Fluide und des Lagerstättenwassers enthalten. Es fehlt die Klarstellung, dass Identität und Menge der eingesetzten Additive anzugeben sind.
 6. Nicht nur für die wasserrechtliche Erlaubnis, sondern auch für die Entscheidung, ob eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich ist, soll das Einvernehmen der Wasserbehörde erforderlich sein. Damit wird die Entscheidung über die Erlaubnisbedürftigkeit weiterhin der Einzelfallprüfung überlassen. Nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie bedürfen Fracking und Verpressung von Flowback stets einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Das sollte klargestellt werden.
 7. Das Verbot des Frackings in Wasserschutzgebieten ist als Klarstellung zu begrüßen. Es fehlt das Verbot der Verpressung von Flowback und Lagerstättenwasser in Wasserschutzgebieten.
 8. Für in Wasserschutzgebieten bereits zugelassene Tiefbohrungen soll das Verbot nicht gelten. Damit wird Fracking in allen bereits bestehenden Bohrungen in Wasserschutzgebieten selbst dann ermöglicht, wenn bisher nur die Bohrung zugelassen worden ist.

Abgestimmte Vorgehensweise zwischen Bund, Ländern und Explorationsunternehmen fehlt

Jenseits gesetzlicher Vorgaben fehlt es an einer zwischen Bund, Ländern und Explorationsunternehmen abgestimmten Vorgehensweise zur schrittweisen und transparenten Ermittlung der Umweltauswirkungen von Fracking in einem oder wenigen Demonstrationsvorhaben zur Ableitung von Randbedingungen, unter denen Fracking überhaupt zugelassen werden kann.



Untersuchung wasserbezogener Risiken für Mensch und Umwelt

Die Studie von GSGC untersucht die wasserbezogenen Umweltauswirkungen und Risiken für Mensch und

Umwelt, die mit dem Einsatz der Fracking-Technologie (hydraulische Stimulation) im Rahmen der Erkundung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten verbunden sein können. Sie befasst sich mit den naturwissenschaftlich-technischen Sachverhalten und den bestehenden berg- und umweltrechtlichen Bestimmungen. Alle Aspekte wurden im Hinblick auf die gemeinsamen Schnittmengen, Differenzen sowie Wissens- und Informationsdefizite analysiert.

Studie gliedert sich in vier Teile:

1. Beschreibung der naturräumlichen, technischen und stofflichen Randbedingungen des Frackings (Teil A),
2. geltende rechtliche Rahmenbedingungen und Verwaltungsstrukturen (Teil B),

3. Risiko- und Defizitanalyse (Teil C) sowie
4. Ableitung von Handlungs- und Verfahrensempfehlungen (Teil D).

Naturräumliche und technische Randbedingungen

Grundlage für eine fundierte Risikoanalyse sind Beschreibungen des Ist-Systems, der vorhabenbedingten Auswirkungen und der relevanten Wirkungszusammenhänge. Hierzu werden die in Deutschland bekannten bzw. vermuteten unkonventionellen Erdgas- Vorkommen benannt und exemplarisch die qualitativen Systemzusammenhänge für ausgewählte Geosysteme anhand öffentlich verfügbarer Unterlagen aufgezeigt. Potenzielle technische und geologische Wirkungspfade werden beschrieben.

Im Hinblick auf die technischen Aspekte werden zunächst die gebirgsmechanischen Grundlagen des Frackings sowie der Frack- Vorgang erläutert. Aus Sicht des Grundwasserschutzes liegt der Schwerpunkt der Betrachtungen auf der Bohrungskomplettierung, der Modellierung der Rissausbreitung und der Langzeitsicherheit der Bohrung (inkl. Zementation). Den beim Fracking eingesetzten Frack-Fluiden wird neben Stützmitteln zum Offenhalten der Risse eine Reihe weiterer Additive zugesetzt.

Mittlere bis hohe Gefährdungspotenziale

Die Auswertung in Deutschland eingesetzter Frack-Fluide zeigt, dass auch in neueren Fluiden Additive zum Einsatz kamen, die bedenkliche Eigenschaften aufwiesen und/oder deren Verhalten und Wirkungen in der Umwelt aufgrund einer lückenhaften Datenlage nicht oder nur eingeschränkt bewertet werden können. Es wird eine Bewertungsmethode vorgestellt, um die Gefährdungspotenziale der Frack-Fluide, der Formationswässer und des Flowback anhand wasserrechtlicher Beurteilungswerte sowie human- und ökotoxikologisch begründeter Wirkschwellen abzuschätzen.



Die Bewertung einer Auswahl bereits eingesetzter sowie geplanter/weiterentwickelter Frack-Fluide kommt zu dem Ergebnis, dass diese Fluide ein hohes bzw. ein mittleres bis hohes Gefährdungspotenzial aufweisen. Der nach der Druckbeaufschlagung zu Tage geförderte Flowback

setzt sich aus Frack-Fluid und Formationswässern sowie möglichen Reaktionsprodukten zusammen. Da auch die Formationswässer erhebliche Gefährdungspotenziale aufweisen können, stellt die umweltgerechte Entsorgung des Flowback eine vordringliche Aufgabe dar.

Zahlreiche juristische Quisquilien

Rechtliche Anforderungen an Fracking-Vorhaben in Bezug auf den Grundwasserschutz ergeben sich aus dem Berg- und Wasserrecht.

- Das Wasserrecht verlangt die Prüfung, ob beim Fracking-Vorgang sowie beim Verpressen des Flowback die Besorgnis nachteiliger Grundwasserveränderungen ausgeschlossen werden kann. Dazu ist ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren durchzuführen.

- Wegen des Anwendungsvorrangs der UVP-Richtlinie vor der UVP V-Bergbau muss bei allen Fracking-Vorhaben schon jetzt eine Vorprüfung des Einzelfalls, ob eine UVP erforderlich ist, durchgeführt werden. Die bisherige Praxis weist hier Vollzugsdefizite auf.
- Regulatorische Defizite bestehen im Hinblick auf die Umsetzung der Anforderungen der UVP-Richtlinie und im Hinblick auf Unsicherheiten bei der Anwendung des Wasserrechts (Grundwasserbegriff, Erlaubnisbedürftigkeit, Erlaubnisfähigkeit).
- Für die UVP-Pflicht empfehlen wir eine grundsätzliche bundesrechtliche UVP-Pflicht für Fracking-Vorhaben mit einer Öffnungsklausel für die Länder. Die durch UVP-Recht gebotene Öffentlichkeitsbeteiligung sollte im Hinblick auf Erkenntnisse über potenzielle Umweltauswirkungen, die erst während der Durchführung des Vorhabens gewonnen werden können, um eine vorhabenbegleitende Komponente erweitert werden.

Die sorgfältige Prüfung der wasserrechtlichen Anforderungen sollte durch Klarstellung der Anforderungen und Neuregelung einer integrierten Vorhabengenehmigung unter Federführung einer dem Umweltministerium unterstehenden Umweltbehörde bzw. Integration der Bergbehörden in die Umweltverwaltung sichergestellt werden.

Eine Risikoanalyse ist immer standortspezifisch durchzuführen, wobei in Bezug auf das Geosystem auch die großräumigen Grundwasserfließverhältnisse zu berücksichtigen sind. Dies erfordert i.d.R. numerische Modellierungen. Es erfolgen Hinweise zur Durchführung standortspezifischer Risikoanalysen, in deren Rahmen das Gefährdungspotenzial der Fluide mit der Relevanz der Geopfade in dem jeweiligen Geosystem verknüpft wird.

Wir wissen zu wenig

Wir stellen zusammenfassend fest, dass zu einer fundierten Beurteilung dieser Risiken und zu deren technischer Beherrschbarkeit bislang viele und grundlegende Informationen fehlen (z.B. der Aufbau und die Eigenschaften der tiefen Geosysteme, Verhalten und Wirkung der eingesetzten Frack-Additive etc.). Angesichts dieser Ausgangssituation werden grundsätzliche Handlungsempfehlungen ausgesprochen und für die Themenkomplexe Geosysteme, Technik und Stoffe konkretisiert.

Ziel der Empfehlungen

- die Erkenntnislücken zu schließen,
- hydrogeologisch problematische Bereiche und mögliche Wirkungspfade frühzeitig zu erkennen sowie Maßnahmen zur begleitenden Überwachung vorzuschlagen (Monitoring),
- den technischen Umgang sicherer zu gestalten,
- das Gefährdungspotenzial der eingesetzten Stoffe zu vermindern bzw. einschätzbar zu machen und
- den rechtlichen und organisatorischen Umgang angemessen zu gestalten.

->Quelle und mehr: umweltbundesamt.de; [Fracking-Studie von GGSC für UBA](#)

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=17949>

Schleswig-Holstein strikt gegen Fracking

15. März 2013

Bundsrats-Initiative für gesetzliches Verbot

Ministerium für
Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume
Schleswig-Holstein



Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck (Grüne) hat das Vorgehen vorgestellt, mit dem die Landesregierung umwelttoxisches Fracking in Schleswig-Holstein ausschließen will. Die Landesregierung werde eine Bundsratsinitiative für ein gesetzliches Fracking-Verbot einbringen, so Habeck. Der Einsatz von



Fracfluiden zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen in unkonventionellen Lagerstätten im Bundesbergrecht soll dadurch verboten werden.

„Außerdem werden wir bis zur Verabschiedung eines neuen Landesentwicklungsplans den Einsatz von umwelttoxischem Fracking vorübergehend ausschließen, um den Schutz vor unumkehrbaren Schäden zu gewährleisten.“ Habeck teilte zugleich mit, dass das

Landesbergamt sechs Konzessionen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen vergeben hat. Eingriffe in den Boden – etwa Bohrungen oder gar Fracking – sind damit nicht erlaubt. Anträge auf die Genehmigung von Fracking-Maßnahmen lägen in Schleswig-Holstein derzeit nicht vor.

Konzessionsanträge haben viele Menschen alarmiert

In den vergangenen Monaten hatte sich in Schleswig-Holstein eine breite Debatte über Fracking entwickelt: Werden Umwelt und Grundwasser durch das Einbringen von umwelttoxischen Frackfluiden zur Gewinnung von unkonventionellem Erdgas und Erdöl gefährdet? Ein Auslöser für die Sorge war und ist, dass mehrere Unternehmen in Schleswig-Holstein Aufsuchungs- und Bewilligungserlaubnisse zur Aufsuchung von Erdgas und Erdöl gestellt haben. Diese berechtigen noch zu keinerlei Eingriffen in den Boden – weder Bohrungen oder gar Fracking-Maßnahmen, sondern sind Konzessionen, um Konkurrenzen auszuschließen. Dennoch haben die Konzessionsanträge viele Menschen alarmiert.

Die Landesregierung wird bis zur Verabschiedung eines neuen Landesentwicklungsplans den Einsatz von umwelttoxischem Fracking vorübergehend ausschließen, um den Schutz vor unumkehrbaren Schäden zu gewährleisten. Diese landesplanerische Veränderungssperre gilt für den Fall, dass zu einem späteren Zeitpunkt Anträge auf die Genehmigung von Fracking gestellt werden.

14 Fragen und Antworten zum Thema Fracking

Auf seiner [Webseite](#) informiert das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Form von 14 Fragen und Antworten rund um das Thema bergbaurechtliche Genehmigungsverfahren und Fracking.

1. Was ist Fracking?

Bei Fracking handelt es sich um die Kurzform von Hydraulic Fracturing (von englisch to fracture ‚aufbrechen‘, ‚aufreißen‘). Fracking ist eine bergbautechnische Methode, bei der in technische Tiefbohrungen eine Flüssigkeit („Fracfluid“) eingepresst wird, um im Gestein Risse zu erzeugen, aufzuweiten und zu stabilisieren. Mittels Fracking lassen sich Erdöl oder Erdgas in sogenannten unkonventionellen Lagerstätten fördern. Dort befindet sich das Erdgas in gering bis sehr gering

durchlässigen Gesteinen, liegt gelöst in Wasser oder gebunden an Feststoffen vor. Zu den typischen unkonventionellen Lagerstätten gehören Schiefergas, Kohleflözgas oder Gashydrat. Dieses Erdgas kann nur durch spezielle Maßnahmen gefördert werden.

2. Warum spricht sich die Landesregierung gegen Fracking aus?

Bei der Gewinnung von Erdöl und -gas mittels Fracking werden verschiedene umweltschädliche Chemikalien eingesetzt. Zu den Risiken von Fracking sind bislang mehrer Studien in Auftrag gegeben worden. Einige kommen zu dem Schluss, dass Umweltrisiken derzeit nicht ausgeschlossen werden können. Die Umweltrisiken resultieren hauptsächlich aus dem Gefährdungspotential der eingesetzten Frackfluide und den darin enthaltenen Chemikalien. Bei diesen Substanzen wird die Gefahr gesehen, dass sie über geologische Wirkungspfade in Schichten mit genutztem Grundwasser gelangen könnten.

3. Gibt es aktuell Anträge auf Fracking in Schleswig-Holstein ?

Derzeit liegen keine Anträge auf Fracking in Schleswig-Holstein vor.

4. Gab es in der Vergangenheit Fracking-Maßnahmen in Schleswig-Holstein ?

Ja, es gab mehrere Bohrungen mit dem Einsatz der Fracking-Methode. Diese Bohrungen fanden zwischen 1955 und 1994 überwiegend im Kreis Plön statt. Es gibt keine Hinweise, dass die Maßnahmen in dem betroffenen Gebiet zu schädlichen Umweltauswirkungen geführt haben.

5. Welche Arten von bergbaurechtlichen Genehmigungsverfahren gibt es?

Grob lässt sich das bergbaurechtliche Genehmigungsverfahren im Bundesberggesetz (BBergG) in zwei Phasen unterteilen. In der ersten Phase geht es darum, Konzessionen zu verteilen. In diesem Stadium geht es darum, wer in einem bestimmten Gebiet bestimmte Rohstoffe fördern darf. Eingriffe in den Boden wie Bohrungen oder gar das Einbringen von toxischen Substanzen sind mit Aufsuchungs- oder Bewilligungserlaubnissen nicht verbunden. Mögliche spätere Aufsuchungshandlungen sind nicht durch die Vergabe von Aufsuchungserlaubnissen präjudiziert. Das heißt: Ein Unternehmen, dem eine Aufsuchungserlaubnis erteilt wurde, hat keinen Anspruch darauf, dass später auch Bohrmaßnahmen etc. genehmigt werden.

Erlaubnis- und Bewilligungsfelder sind über Tage flächenmäßig begrenzt und erstrecken sich bis in die "ewige Teufe", also theoretisch bis zum Erdmittelpunkt. In der zweiten Phase der bergrechtlichen Genehmigungsverfahren geht es darum, die tatsächliche Rohstoffaufsuchung oder -gewinnung zu beantragen und gegebenenfalls zu genehmigen. Hierfür gibt es im Bergrecht das sogenannte Betriebsplanverfahren. Zur Genehmigung bergbaulicher Vorhaben gibt es Rahmenbetriebspläne mit und ohne Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP – siehe Frage 12) sowie Haupt-, Sonder- und Abschlussbetriebspläne.

6. Anträge zur Aufsuchung und Bewilligung in Schleswig-Holstein?

In Schleswig-Holstein hatten in jüngerer Zeit sechs Unternehmen insgesamt 19 Anträge auf Aufsuchungen (§7 BBergG) und Bewilligungen (§ 8 BBergG) gestellt. Antragsteller waren Blue Mountain Energy BME, Pacific Roder Energy PRD, Exxon Mobil EMPG, Max Streicher GmbH, Central Anglia und RWE Dea. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld als Bergbehörde Schleswig-Holsteins hat am 14. März 2013 sechs Aufsuchungs- bzw. Bewilligungserlaubnisse vergeben (siehe Presseinformation und Karte).

Die zwei ausstehenden Bewilligungsanträge liegen wie die am 14.3.2013 erteilten Bewilligungen in dem schon genehmigten Erlaubnisfeld Preetz-Restfläche. Von den ausstehenden acht Erlaubnis-Anträgen sind die vier Anträge der Firma PRD Energy auf der Karte dargestellt. Drei weitere Aufsuchungserlaubnisse stimmen mit den Gebieten aus den Anträgen der Firma PRD weitgehend überein. Bis auf einen Antrag zur Aufsuchungserlaubnis im Kreis Schleswig-Flensburg sind damit alle neu betroffenen Gebiete in der veröffentlichten Karte eingetragen. Das Unternehmen, welches für das nicht veröffentlichte Gebiet einen Antrag gestellt hat, hatte sich gegen die Veröffentlichung gewandt, aber erklärt, dass es nicht beabsichtige, Fracking einzusetzen.

Für die Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gab es bislang zwei bestehende alte Aufsuchungserlaubnisse (Heide-Restfläche und Preetz-Restfläche) und eine bestehende Bewilligung (Heide-Mittelplate I).

7. Worin unterscheiden sich Aufsuchungserlaubnisse und Bewilligungen?

Bei beidem geht es nur um das Abstecken von Rechten, nicht um Eingriffe in den Boden. Wird eine Aufsuchungserlaubnis beantragt, ist noch offen, ob der beabsichtigte Rohstoff an der betreffenden Stelle zu finden ist oder nicht. Bei Bewilligungen geht es in der Regel um Felder, in denen entweder in der Vergangenheit bereits Erdöl gefördert worden ist (z.B. Förderplattform vor Schwedeneck) oder um Felder bei denen sich im Rahmen der Aufsuchung ergeben hat, dass dort Rohstoffe gefördert werden können. Die Firmen wollen prüfen, ob es wirtschaftlich vertretbar ist, dort die Förderung aufzunehmen.

Die Erlaubnis gewährt das ausschließliche Recht, innerhalb eines bestimmten Feldes (Erlaubnisfeld) Bodenschätze aufzusuchen. Die Bewilligung gewährt das ausschließliche Recht, innerhalb eines bestimmten Feldes Bodenschätze aufzusuchen und zu gewinnen, sowie das Eigentum an den Bodenschätzen zu erwerben.

8. Unter welchen Voraussetzungen kann man solche Anträge (Aufsuchung oder Bewilligung) ablehnen?

Die grundsätzlichen Möglichkeiten, einen Antrag auf die Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung zu versagen, sind begrenzt. Die Versagensgründe sind in den §§ 11 und 12 BBergG abschließend aufgezählt. Der Großteil der Versagensgründe ist formaler Natur (z.B.: es wurden keine Rohstoffe bezeichnet, es wurde kein Arbeitsprogramm vorgelegt). Materiell dürfen gemäß § 11 Nr. 10 i.V.m. § 12 BBergG keine öffentlichen Interessen die Bewilligung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Zu den öffentlichen Interessen zählen zwar auch der Schutz der Natur und des Grundwassers. Die Gebiete sind allerdings in der Regel so groß, dass diese Interessen nicht im gesamten Gebiet einer Aufsuchung oder Gewinnung entgegenstehen. Damit besteht so gut wie kein Handlungsspielraum.

9. Berechtigten Aufsuchungs- und Bewilligungserlaubnisse auch zum Fracking ?

Nein, bei den aktuellen Anträgen geht es lediglich darum, Bergbauberechtigungen zu erteilen. Die Erlaubnisse gestatten keine konkreten Maßnahmen, um Rohstoffe zu fördern

10. Warum dürfen nur bereits bewilligte Flächen veröffentlicht werden?

In den Verfahren zur Erteilung von Bergbauberechtigungen gibt es die Besonderheit, dass bis zur Entscheidung der Behörde Konkurrenzunternehmen ebenfalls Anträge zur Reservierung des gleichen Gebietes stellen könnten. Bei konkurrierenden Anträgen gibt es im Bergrecht die Besonderheit, dass nicht dasjenige Unternehmen den Zuschlag erhält, welches zuerst einen

Antrag für ein Gebiet gestellt hat. Der Zuschlag wird vielmehr dem Unternehmen erteilt, welches am effizientesten zur Rohstoffförderung in der Lage wäre. Aus diesem Grund sind die genauen Angaben über die Gebiete zum Schutz der antragsstellenden Unternehmen geheim zu halten, solange noch nicht über die Bergbauberechtigungen entschieden wurde. Würden die Behörden die genauen Gebiete veröffentlichen, bestünde die Gefahr, dass Konkurrenzunternehmen auf diese Gebiete aufmerksam gemacht würden, dadurch Wissen über Betriebsgeheimnisse des konkurrierenden Unternehmens erlangen könnten und für diese Gebiete ebenfalls Aufsuchungserlaubnisse beantragen würden. Sie würden also von der Vorarbeit des anderen Unternehmens profitieren.

11. Welche Arten von Betriebsplanverfahren gibt es?

Es gibt im Bergrecht zwei Arten von Betriebsplanverfahren. Das einfache Betriebsplanverfahren und das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren. Das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren ist für die Zulassung eines "obligatorischen" Rahmenbetriebsplans über besonders umweltrelevante Vorhaben vorgeschrieben. Ob ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen ist, hängt davon ab ob für das Verfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen ist (siehe hierzu Frage 12). Im einfachen (nicht-öffentlichen) Betriebsplanverfahren werden andere Behörden sowie die Gemeinden, deren Belange von der beschriebenen Maßnahme betroffen sein können, von der Bergbehörde, dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie) vor Zulassung des Betriebsplanes beteiligt. Diese haben die Möglichkeit, sich zu dem Betriebsplan zu äußern. Zur Sicherstellung, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung eines Betriebsplanes nach § 55 BBergG erfüllt werden, kann die Betriebsplanzulassung mit Nebenbestimmungen versehen werden.

12. Wann ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen?

Dies ist in einer eigenen Rechtsverordnung geregelt, der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau). In dieser Verordnung sind besonders große und für die Umwelt relevante Vorhaben beschrieben, für die eine UVP durchzuführen ist. Die Landesregierung hält es aber für notwendig, dass bei Frackingmaßnahmen unabhängig von der Größe der Vorhaben Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden. Dies muss in der UVP-V Bergbau eindeutig geregelt werden. Unabhängig von der notwendigen Änderung der UVP-V Bergbau wird in Schleswig-Holstein in unmittelbarer Anwendung der entsprechenden EU-Richtlinie für Frackingmaßnahmen eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchgeführt. Wenn das Frackingvorhaben aufgrund überschlüssiger Prüfung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, ist in Schleswig-Holstein bereits jetzt zwingend eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

13. Wie wird die Öffentlichkeit bei Betriebsplanverfahren beteiligt?

Die Öffentlichkeit wird nur bei bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren beteiligt. In diesen Verfahren werden wie in einem normalen Planfeststellungsverfahren die Antragsunterlagen öffentlich ausgelegt und den Bürgern wird die Gelegenheit gegeben Einwendungen zu erheben. Um die Einwendungen zu diskutieren findet ein öffentlicher Erörterungstermin statt.

14. Was passiert, wenn ein Unternehmen einen Antrag auf Fracking stellt?

Über so einen Antrag wäre im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens zu entscheiden. Das MELUR hat hierzu die Weisung erlassen, dass ohne ausdrückliche Zustimmung des MELUR keine Betriebspläne genehmigt werden dürfen, welche Fracking zum Gegenstand haben. Das

Ministerium kann solchen Anträgen nur dann zustimmen, wenn feststeht, dass das geplante Vorhaben keinerlei negative Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung, die Umwelt oder das Grundwasser haben kann. Nach den bislang vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen lässt sich dieser Nachweis für das Einbringen von umwelttoxischen Frackfluiden in unkonventionelle Lagerstätten nicht erbringen. Mögliche Anträge sind also nach derzeitigem Stand nicht genehmigungsfähig.

Quelle: <http://www.schleswig-holstein.de/MELUR/DE/Startseite/Slider/StdArtikel/Fracking.html>;
Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=18193>

Los Angeles will auf Kohlestrom verzichten

23. März 2013

Bis spätestens 2025 kohlefrei



Noch stammen knapp 40 Prozent der Energie, die Los Angeles am Laufen hält, von Kohlekraftwerken. Doch nun steigt das stadt-eigene Versorgungsunternehmen Los Angeles Department of Water and Power ([LADWP](#)) schrittweise aus seinen Beteiligungen an der kohlebefeuerten [Navajo Generating Station](#) und den Lieferverträgen mit dem [Intermountain Power Project in Utah](#) aus – bis spätestens 2025 soll die Stadt der Engel dann kohlefrei sein, meldet das US-Portal [BusinessGreen](#).

“Mit dem Ausstieg aus der Kohle und Investitionen in erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz werden wir ein leuchtendes Beispiel für den Energiemarkt der USA schaffen”, sagte Bürgermeister Antonio Villaraigosa. Los Angeles hat bereits sein Ziel erreicht, bis 2010 rund 20 Prozent seiner Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen zu beziehen, indem die Stadt großzügige Investitionsförderungen und eine Einspeisevergütung für Solarstrom etabliert hat. So hat L.A. seine CO₂-Emissionen seit 1990 um 28 Prozent reduziert – mehr als jede andere US-Stadt, wie der Bürgermeister betont, der sich auch international für den Klimaschutz engagiert.

USA: Gasschwemme durch Fracking

Tatsächlich üben die fallenden Gas-Preise in den USA wirtschaftlichen Druck auf die Kohlegewinnung und -verfeuerung aus. Im Jahr 2005 wurde rund die Hälfte des US-Stromverbrauchs aus Kohle gewonnen, im vergangenen Jahr waren es noch 37 Prozent. Grund dafür seien die Gasschwemme in den USA – gerade auch durch das umstrittene Fracking –, aber auch die besonders in Kalifornien stark wachsenden erneuerbaren Energien, meint BusinessGreen.

-> Quellen: [klimaretter.info](http://www.klimaretter.info), [businessgreen.com](http://www.businessgreen.com); Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=18588>

Fossile gehen schneller aus als gedacht

25. März 2013

Globale Versorgungslage angespannter als erwartet – neue Studie der Energy Watch Group mit alarmierenden Ergebnissen



Die globale Versorgungslage mit fossilen und atomaren Rohstoffen ist entgegen der in letzter Zeit in der Öffentlichkeit kommunizierten Prognosen sehr angespannt. So steuern die USA aktuell auf den Höhepunkt der

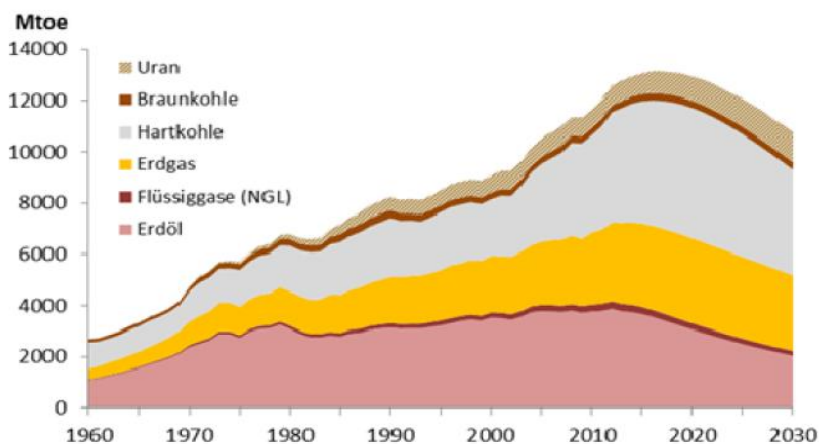
Schiefergasgewinnung zu, dem ein tiefer Rückgang der Förderung noch in diesem Jahrzehnt



folgen werde, prophezeit die Energy Watch Group um MdB Hans-Josef Fell (B90/Grüne). Die Erdölindustrie will den Förderrückgang der produzierenden Felder mit steigendem Aufwand durch neue Fördersonden oder unkonventionelle Erdölförderung ausgleichen. Doch neue

Fördertechnologien wie Fracking sind umstritten und in den meisten Fällen von schlechterer Qualität bzw. teurer in der Erschließung – oder sie haben einen höheren Schadstoffanteil.

In ihrer neuesten wissenschaftlichen Studie präsentiert die Energy Watch Group ein weltweites Versorgungsszenario mit fossilen und nuklearen Brennstoffen bis 2030.



Der Bericht basiert auf einer von der Energy Watch Group in Auftrag gegebenen Studie zur Ressourcenverfügbarkeit im Jahr 2008, deren Daten aktualisiert und insbesondere die letzten fünf Jahre kritisch betrachtet wurden. Neben Erdöl wurden auch die Verfügbarkeit von Erdgas, Kohle sowie die Situation der Uranversorgung untersucht. „Die Welt steht am Scheideweg seiner Energieversorgung. Politik,

Wirtschaft und Verbraucher müssen verstehen, dass wir jetzt Maßnahmen ergreifen müssen, um zukünftige Versorgungsengpässe zu vermeiden.“, so Werner Zittel, Autor der Studie und Vorstand der Ludwig-Bölkow-Stiftung.

Billige, bisher reichlich vorhandene fossile Energieträger gehen zu Ende

Die Studie belegt, dass billige und bisher reichlich vorhandene fossile Energieträger zu Ende gehen. Erdgas- und Kohleförderung werden vermutlich um das Jahr 2020 das Fördermaximum erreichen.



Der Initiator der Energy Watch Group, Hans-Josef Fell: „Spätestens der bald erwartete Rückgang der weltweiten Erdölförderung wird zu deutlichen Versorgungsproblemen führen.“

Über ein oder zwei Jahrzehnte betrachtet wird der Rückgang so groß werden, dass er nicht durch eine Substitution mit Erdgas und Kohle ausgeglichen werden kann. Auch die Kernenergie wird keinen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Energieversorgung haben. Wir werden schnell an unsere Grenzen stoßen.“

Wichtige Ergebnisse der Studie:

- Gemäß der Förderanalyse ist es sehr wahrscheinlich, dass um das Jahr 2030 die weltweite Erdölförderung um etwa 40 Prozent gegenüber 2012 zurückgehen wird.
- Die USA wird nicht zum Erdöl-Nettoexporteur aufsteigen. Die Förderung von "light tight oil" wird in den nächsten fünf Jahren ihren Höhepunkt erreichen, gefolgt von einem steilen Rückgang.
- Die europäische Ölförderung liegt heute bei 3 Mb/Tag, das sind 60 Prozent weniger als im Jahr 2000 und nahe der damaligen Prognose. Noch im Jahr 2004 hatte die IEA eine stabile Förderung bei 4,8 Mb/Tag für 2010 erwartet.
- Der um das Jahr 2015 eintretende vermutete Förderrückgang der Schiefergasförderung in den USA wird den Förderrückgang der konventionellen Erdgasfelder verstärken. Um das Jahr 2030 wird die Gasförderung in den USA vermutlich deutlich unter dem heutigen Niveau liegen.
- Die europäische Gasförderung befindet sich seit dem Jahr 2000 im Förderrückgang. Dieser wird sich bis 2030 noch verstärken, wenn Norwegen das Fördermaximum überschritten hat. Die unkonventionelle Schiefergasförderung wird in Europa sicher nicht die Rolle spielen wie in den USA. Die geologischen, geographischen und industriellen Voraussetzungen sind in Europa wesentlich ungünstiger.
- Um den Erdgasbedarf Europas auf heutigem oder leicht steigendem Niveau bei sinkender heimischer Förderung zu bedienen, müssen bis 2020 mehr als 200 Mrd. m³/a zusätzlich importiert werden.
- Russland ist heute nach den USA der zweitgrößte Gasförderstaat. Doch auch dort ist die Gasförderung der größten Felder bereits im Rückgang und der heimische Bedarf groß. Mit neuen Verbindungen nach Asien wächst der Druck auf die europäischen Länder.
- Chinas Kohlebedarf wächst schneller als die heimische Förderung, so dass China zum größten Importeur von Kohle wurde.
- Der schnell steigende Bedarf wurde fast ausschließlich von Australien und Indonesien gedeckt. Die künftige Versorgung des internationalen Kohlemarktes wird vor allem von der Entwicklung in diesen beiden Staaten abhängen, wobei Indonesien in den letzten Jahren die Förderung und die Exporte in einem Tempo ausgeweitet hat, das an sein Ende kommt.
- Die Qualität der Kohle wird spürbar schlechter, und durch die starke Nachfrage aus China und Indien wird die weltweite Kohleförderung um das Jahr 2020 das Fördermaximum erreichen.

Die Energy Watch Group ist ein internationales Netzwerk von Wissenschaftlern und Parlamentariern. Dieses Projekt wird unterstützt durch die Ludwig-Bölkow-Stiftung und die Reiner Lemoine Stiftung.

Die Energy Watch Group beauftragt Wissenschaftler mit der Erstellung von Studien und Analysen unabhängig von politischer oder ökonomischer Einflussnahme.

Themen sind: Die Verknappung fossiler und nuklearer Energieträger, Szenarien zur Einführung regenerativer Energieträger und Strategien zur Sicherung einer langfristig stabilen Energieversorgung zu annehmbaren Preisen. Die Wissenschaftler sammeln und analysieren nicht nur ökologische, sondern vor allem auch ökonomische und technologische Zusammenhänge. Die Studienergebnisse werden nicht nur in Expertenkreisen, sondern auch der



politisch interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

->Quelle: energywatchgroup.org; der Bericht/Kurzfassung: energywatchgroup.org/kurz-dt.pdf

Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=18698>

KfW: Wer nicht frackt verliert?

19. April 2013

“Fokus Volkswirtschaft” befasst sich mit umstrittener Fördermethode



Die öffentliche Diskussion zu Hydraulic Fracturing – oder kurz Fracking –konzentriert sich derzeit überwiegend auf die mit dieser neuen Fördermethode einhergehenden Umweltbedenken. Befürworter des Fracking verweisen hingegen immer wieder auf die regionalen Energiepreisunterschiede und die daraus

resultierenden Wettbewerbsvorteile für US-Firmen. Ohne Fracking könnten andere Volkswirtschaften, z. B. Deutschland, im internationalen Vergleich an Boden verlieren.

Die aktuelle Publikation [Fokus Volkswirtschaft](#) *) beschäftigt sich aus diesem Grund mit der Frage: “Wer nicht „frackt“, verliert?”

-> Quelle: www.kfw.de; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=19871>

*) https://www.kfw.de/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-Nr.-19-April-2013-Rohstoffe_Wettbewerb.pdf

Energieminister beraten über EE und Fracking

24. April 2013

EU-Energieminister beraten in Dublin über europäische Energiepolitik bis 2030



Die Zukunft der europäischen Energiepolitik steht im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen der 27 Energieminister beim informellen Ratsreffen am 23. und 24.4.2013 in Dublin unter irischer Ratspräsidentschaft. Die EU-Energieminister diskutierten gemeinsam mit den EU-Umweltministern über das im

März von der Kommission vorgelegte [Grünbuch](#) zum Rahmen für die EU-Energie- und Klimapolitik bis 2030.

Wirtschaftsstaatssekretär Kapferer: “Wir brauchen für Europas energie- und klimapolitische Zukunft eine Lösung, die auf Kosteneffizienz setzt, die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärkt und Entwicklungen außerhalb der EU berücksichtigt. Ich habe daher Zweifel, dass eine einfache Fortschreibung der jetzigen Ziele und Instrumente der richtige Weg wäre. Die



Kosteneffizienz und Stimmigkeit der energie- und klimapolitischen Maßnahmen lässt sich vielmehr deutlich verbessern. Sicher ist, dass die EU auch nach 2020 ein Treibhausgasminderungsziel braucht. Dieses sollte mit Blick auf das Niveau der anderen großen Industrie- und Schwellenländer festgelegt werden. Globale Probleme können nicht allein von Europa gelöst werden.”

Das Grünbuch beinhaltet eine Bestandsaufnahme der Erfolge und Probleme der bisherigen, bis 2020 beschlossenen Energie- und Klimapolitik (“20/20/20“-Ziele) und skizziert die mittel- bis langfristigen Herausforderungen. Das Grünbuch

weist auch darauf hin, dass Europa international zu den Spitzenreitern bei den Strompreisen gehört und sich vielerorts die Sorge über die Bezahlbarkeit von Energie ausbreitet. Ferner macht das Grünbuch deutlich, dass über die zukünftige europäische Energie- und Klimapolitik ergebnisoffen diskutiert werden muss.

Gegenstand auch Förderung erneuerbarer Energien

Hierzu Staatssekretär Kapferer: “Die Erneuerbaren sind den Kinderschuhen längst entwachsen. Wir müssen sie deshalb sukzessive stärker an Markt und Wettbewerb heranführen und Marktpreisrisiken aussetzen. Außerdem plädiere ich dafür, die Förderung der Erneuerbaren stärker auf EU-Ebene zu koordinieren und zu harmonisieren, mit dem Ziel, die Kosten zu senken.”

Als weiteres Thema wurde das Potential der Gewinnung von Erdöl und Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Europa mit Hilfe der sogenannten “Fracking-Technologie” behandelt. Die Minister unterstrichen die Wichtigkeit des Themas angesichts der Gaspreise, die durch den US-amerikanischen “Schiefergas-Boom” inzwischen sehr deutlich unter den europäischen Gaspreisen liegen. Schließlich tauschten sich die Minister über die Möglichkeiten des verstärkten Einsatzes intelligenter Technologien zur besseren Energieverbrauchskontrolle aus.

->Quelle: bmwi.de; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=20576>

VKU will Fracking-Gesetz

29. April 2013

“Wasserversorger und Bürger brauchen dringend Klarheit”



Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) beobachtet mit Sorge die Entwicklung der gesetzlichen

Neuregelung des Fracking (Tiefenbohrungen nach Schiefer- oder Kohleflözgas). Gegenwärtig scheine sich die Regierungskoalition nicht auf einen tragfähigen Kompromiss einigen zu können, wie der angemessene Schutz, insbesondere der Wasserressourcen, konkret ausgestaltet werden solle, heißt es in einer Pressemitteilung. „Die auf dem Tisch liegenden Regelungsvorschläge sind grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, nur müssen sie endlich konkreter werden, um sie auch in der Praxis angemessen vollziehen zu können“, sagt VKU-Vizepräsident Michael Beckereit. Er fordert, „den Gesetzesrahmen so schnell wie möglich anzupassen. Keine Lösung ist die schlechteste Lösung. Wasserversorger und Bürger brauchen hier dringend ein Ergebnis.“ Komme kein Kompromiss zustande, würden die zuständigen Bergämter weiterhin nach dem alten Rechtsrahmen genehmigen, der in Bezug auf die Aufsuchung und Gewinnung von Schiefer- oder Kohleflözgas nicht ausreichend sei.

Die vorliegenden Entwürfe von Bundesumweltminister Altmaier und Bundeswirtschaftsminister Rösler zur Änderung des gesetzlichen Rahmens sehen grundsätzlich ein Bohrverbot in Wasserschutz- und Heilquellengebieten vor. Zudem sollen Vorhaben zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas oder Erdöl in Zukunft einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterliegen, in die auch die zum Einsatz kommenden Chemikalien und das rückgeförderte Lagerstättenwasser miteinbezogen werden. Bei zukünftigen Fracking-Vorhaben sollen außerdem die Wasserbehörden verpflichtend beteiligt werden. Der VKU hatte in den Gesetzesentwürfen vor allem eine Ausdehnung des Fracking-Verbots auf Wassereinzugsgebiete gefordert sowie Änderungen bei der Entsorgung des Flowback und Lagerstättenwassers, um auch hier die Wasserressourcen wirkungsvoller zu schützen.

Umfrage zu Fracking – 79 Prozent für strenge Auflagen



79 Prozent der Deutschen sprachen sich vor kurzem in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des VKU dafür aus, die Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen mittels Fracking-Technologie nur unter sehr strengen gesetzlichen Umweltauflagen zuzulassen. Nur 14 Prozent bevorzugten weniger strenge Gesetze, um diese Energiequelle möglichst gut nutzen zu können.

Hintergrund Fracking: Beim Fracking wird ein Gemisch aus Wasser, Chemikalien und Stützstoffen unter hohem Druck in das Gestein gepresst. Dadurch werden millimetergroße Risse erzeugt, die sich in der gasführenden Schicht horizontal ausbreiten, was das Gestein durchlässiger macht. Schiefergas wird so freigesetzt und kann an die Oberfläche geleitet werden. Die Bohrung durchstößt auf ihrem Weg ins Gestein allerdings auch Grundwasserhorizonte. Um dessen Verunreinigung zu vermeiden, ummantelt man die Förderrohre mit Zement. Kritiker bezweifeln aber, dass es eine Garantie für die dauerhafte Abdichtung der Bohrung gibt. Zudem könnten sich die erzeugten Risse ungewollt weiter ausbreiten und eventuell mit natürlichen Gesteinsrissen verbinden, wodurch das Gas bis in das Grundwasser aufsteigen könnte.

->Quelle: vku.de; Shortlink: <http://www.solarify.eu/?p=21010>

Fracking-Gesetzentwurf vorerst vom Tisch

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 4. Juni 2013

Altmaier: Nicht mehr in dieser Legislaturperiode



Das [Gesetzesvorhaben](#) der Bundesregierung zur umstrittenen Gasfördermethode [Fracking](#) ist vorerst gescheitert. In dieser Legislaturperiode werde kein Entwurf mehr eingebracht, teilte Bundesumweltminister Altmaier in Berlin mit. Das habe die Unionsfraktion am 04.06.2013 entschieden. Schuld seien Schwierigkeiten mit dem Koalitionspartner FDP. Die Freien Demokraten seien nicht zu einem Moratorium bereit gewesen. Zudem habe sich die Opposition konstruktiven Gesprächen verschlossen.



Beim Fracking wird unter Einsatz chemischer Substanzen und Sand Gas aus Schiefergestein tief unter der Erde gelöst. Gegner befürchten, dass dabei eingesetzte Chemikalien das Trinkwasser verunreinigen könnten. In seiner am 31.05.2013 veröffentlichten [Stellungnahme](#) „Fracking zur Schiefergasgewinnung – Ein Beitrag zur energie- und umweltpolitischen Bewertung“ plädierte der Sachverständigenrat für Umweltfragen ([SRU](#)) erst vorkurzem für einen nüchternen Umgang mit den Chancen und Risiken von Fracking. Die Gewinnung von Erdgas durch Fracking sei für die Energiewende entbehrlich. Die Technologie sollte wegen gravierender Wissenslücken über die Umweltauswirkungen vorläufig noch nicht kommerziell eingesetzt werden. Aus deutscher Perspektive bestehe kein energiepolitisches Interesse an der Förderung.

Im Hinblick auf die Umweltrisiken von Fracking stellte der SRU erhebliche Wissenslücken und Unsicherheiten fest: Ungeklärt seien die umweltverträgliche Entsorgung der anfallenden Abwässer, die Sicherheit der Bohrlöcher bzw. Förderanlagen insbesondere hinsichtlich des Grundwasserschutzes, die Langfristfolgen der Eingriffe und die Klimabilanz von Schiefergas.
->Quelle(n): [dradio.de](#); [solarify.eu](#)

Weltenergierat warnt vor US-Fracking-Gas

Rubriken: [News](#) > [Wirtschaft](#) | 24. Juni 2013

Wirtschaftsstandort Europa durch Shale Gas Boom in den USA unter Druck

- Shale Gas Boom ermöglicht Re-Industrialisierung in den USA
- Anhaltende Unterschiede in den Energiepreisen führen zum Wettbewerbsnachteil für Europa
- Chancen und Risiken von Shale Gas Förderung in Europa ergebnisoffen prüfen

„Durch den „Shale Gas Boom“ haben die USA sowohl klimapolitisch als auch im internationalen Standortwettbewerb der Industrie enorme Vorteile gegenüber dem Rest der Welt hinzugewonnen. Energieautarkie und Re-Industrialisierung sind dort absehbar, ja zum Teil schon Realität“, so Jürgen Stotz, Präsident des Weltenergieerats – Deutschland, bei der Vorstellung der neuen Publikation „[Energie für Deutschland 2013](#)“ in Berlin.

Energie für Deutschland 2013

Fakten, Perspektiven und Positionen im globalen Kontext



Schwerpunkthema:
Nicht-konventionelle Erdgasvorkommen in den USA und ihre Auswirkungen auf Europa



machen heute nur noch ein Drittel deutschen Gaspreises aus, die Strompreise in den USA sind halb so hoch wie in Deutschland.

Langfristig wird dies dazu führen, Investitionen, die sonst in

Deutschland bzw. Europa getätigt worden wären, in den USA erfolgen. Erste Standortentscheidungen für die USA, so Stotz, habe es bereits gegeben. Weltweit entsprechen die nicht-konventionellen Erdgasressourcen etwa den konventionellen Reserven und Ressourcen. Nordamerika steht alleine für über ein Drittel davon.

„Wir haben sowohl in Deutschland als auch in Europa technische und wirtschaftliche Möglichkeiten, die Weichen für die umweltverträgliche Förderung von unkonventionellem Erdgas zu stellen“, so der Präsident. Allein die Potenziale in Deutschland sind signifikant. Bis zu 2,3 Bill. m³ technisch gewinnbares Erdgas sind laut BGR vorhanden – zum Vergleich: Unsere konventionellen Erdgasreserven liegen bei 0,15 Bill. m³ und unsere Erdgasressourcen bei 0,146 Bill. m³. Die Länder Europas sollten die Chancen und Risiken der eigenen Förderung von unkonventionellem Gas sehr genau abwägen, umweltfreundliche Methoden sachlich prüfen und nicht im Vorhinein ausschließen. „Dies kann dazu beitragen, dass Europa Standort für die Entwicklung neuer Technologien bleibt und Wertschöpfung und Arbeitsplätze gesichert werden“, so Stotz.

Zudem sei zu prüfen, ob wesentliche Grundannahmen der deutschen Energiewende angepasst werden müssen. Globale Brennstoffpreise – anders als ursprünglich unterstellt – könnten mittelfristig eher konstant bleiben. Stotz: „Die amerikanische Schiefergaswende kann damit nicht folgenlos bleiben für die deutsche Energiewende.“

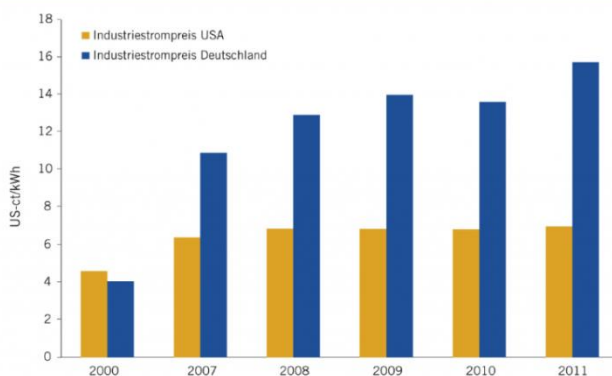
->Quelle: [Energie für Deutschland 2013](#); [Weltenergieerat zu Shale Gas](#); [Präsentation Müsgens-Seeliger](#)

Der diesjährige Schwerpunktbeitrag der Publikation des Weltenergieerats – Deutschland analysiert den Einfluss der Förderung nicht-konventioneller Gasvorkommen (Shale Gas) in den USA auf die Energiewirtschaft und das Investitionsklima. Demnach hat die verstärkte Förderung von Schiefergas in den USA zu niedrigeren Gas- und Strompreisen als in Europa geführt. Amerikanische Gaspreise

Shale Gas führt zu niedrigen Industriegas- und Strompreisen



Abbildung 1.10: Industriegaspreisvergleich USA und Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf IEA (Electricity Information 2012 Edition Part IV)

18. März 2013

Weltenergieerat - Deutschland

4

des

rund

das

Asket unter Verbrennungsmotoren

Rubriken: [Forschung](#) > [News](#) > [Wirtschaft](#) | 16. September 2013

Erdgas-Diesel-Hybrid emittiert halb so viel CO₂



Wissenschaftler der [ETH Zürich](#) haben einen Verbrennungsmotor entwickelt, der bei gleicher Leistung bis zur Hälfte weniger CO₂ ausstösst. Sein äquivalenter Benzinverbrauch ist geringer als 2,4 Liter pro 100 Kilometer. Der Erdgas-Diesel-Hybridmotor funktioniert dank einer ausgeklügelten Regelungstechnik.

2012 betrug der durchschnittliche CO₂-Ausstoß aller verkauften neuen Personenwagen in der Schweiz 151 Gramm pro Kilometer. Mit Emissionsvorschriften plant die Regierung diesen Wert bis 2025 sukzessive auf rund 70 Gramm zu senken. Wissenschaftler am [Institut für Dynamische Systeme und Regelungstechnik](#) der ETH Zürich haben nun einen Erdgas-Diesel-Hybridmotor entwickelt, der pro Kilometer in einem Fahrzeug der Golf-Klasse nur noch 56 Gramm CO₂ an die Umwelt abgibt und somit die jetzigen Emissionswerte um das Zwei- bis Dreifache unterschreitet. Dies gelingt, weil Erdgas vergleichsweise emissionsarm ist. Es wird in vielen Ländern, wie beispielsweise den USA, im großen Stil gefördert ([Fracking](#), s.a. [Dossier](#)) und gilt für die nächsten Jahrzehnte als wichtigste Alternative für Erdöl.

Dieseleinspritzung statt Zündkerze

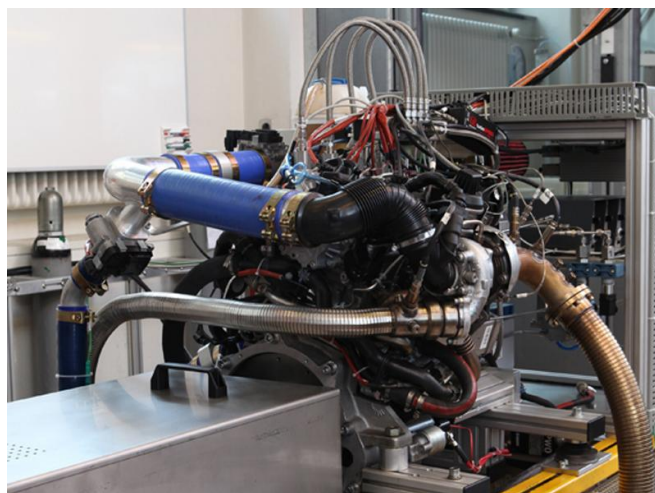
Die ETH-Wissenschaftler haben einen herkömmlichen Dieselmotor eines Personenwagens der Golfklasse so umgebaut, dass er zu 90 Prozent mit Erdgas betrieben werden kann. Anstatt mit einer Zündkerze, wie sie bei gewöhnlichen Erdgasmotoren üblich ist, zündet der Motor mit einer kleinen Menge Diesel, welche die Forscher direkt in den Zylinder spritzen und so eine hocheffiziente Verbrennung mit einem maximalen Wirkungsgrad von 39,6 Prozent erreichen.



Erdgas-Diesel-Motoren existieren bereits heute. Sie kommen in der Industrie dort zum Einsatz, wo Strom am selben Ort erzeugt und verbraucht wird — beispielsweise für den Betrieb von grossen Maschinen. “Bei einem Fahrzeug ändern sich die Drehzahl und die Last jedoch ständig, was den Betrieb des Motors deutlich komplizierter macht”, erklärt [Tobias Ott](#), Doktorand in der Forschungsgruppe von Prof. [Lino Guzzella](#).

Neuartige elektronische Verbrennungsregelung

Tobias Ott hat die neuartige elektronische Verbrennungssteuerung gemeinsam mit Senior Scientist [Christopher Onder](#) und Lino Guzzella im Rahmen seiner Dissertation entwickelt. Kernstück bildet ein Sensor, der den Druck in den Zylindern misst. Mit komplexen Steuer- und Regelungsalgorithmen gelang es den Wissenschaftlern, die Menge des Diesels und den Zeitpunkt für das Einspritzen ständig anzupassen und so den Motor mit größtmöglicher



Effizienz zu betreiben. Die Forscher koppelten den neuartigen Erdgas-Diesel-Motor an einen kleinen Elektromotor und senkten so den Verbrauch zusätzlich. Sie könnten den Erdgas-Diesel-Motor jedoch auch in ein Fahrzeug ohne elektrische Hybridisierung einbauen. Für eine industrielle Fertigung ist das entscheidend, weil ein Hersteller so größere Stückzahlen produzieren kann.

Serienmäßige Produktion in fünf Jahren möglich

Die Wissenschaftler haben die Emissionsreduktion an einem eigens dafür gebauten Prüfstand experimentell



nachgewiesen und die Resultate im Fachmagazin [Energies](#) publiziert. Im Rahmen dieses Machbarkeitsnachweises gilt es auch, den Antriebsstrang praxistauglich zu machen und letzte technische Probleme zu lösen. „Im Moment beschäftigt uns vor allem die Temperatur im Katalysator“, sagt Tobias Ott. Damit dieser richtig zum Laufen komme, müsse er mindestens 300 Grad heiß werden. „Weil unser Verbrennungsmotor die Wärmeenergie aber so effizient in mechanische Energie umwandelt, ist die Abluft insbesondere nach dem Start zu wenig warm“, fügt Ott an. Die Wissenschaftler wollen das Problem beheben, indem sie die den Motor während des Warmlaufs speziell regeln.

Christopher Onder ist überzeugt, dass der Erdgas-Diesel-Motor in fünf Jahren serienmäßig produziert werden kann. „Voraussetzung ist, dass wir einen Industriepartner finden, der die Entwicklung eines Prototypen an die Hand nimmt“, erklärt er. Den Wissenschaftlern ist klar, dass der Erfolg ihres Motors entscheidend von dessen Produktionskosten abhängt. Ihre Lösung sei vergleichsweise kostengünstig und weil ihr Konzept auf bereits vorhandenen Technologien beruhe, sei es schnell umsetzbar und als Brückentechnologie für die nächsten zehn bis 20 Jahre ideal. Mit einem Automobilhersteller führen die Forscher bereits konkrete Gespräche.

->Quelle: ethz.ch; mdpi.com/pdf; solarify.eu/dossier-schiefergas

2012: neuer CO₂-Rekord-Ausstoß

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 8. November 2013

PwC-Studie: Starker Temperatur-Anstieg höchstwahrscheinlich – erneuerbare Energien und Fracking bremsen



Nach einer aktuellen Studie unter dem Titel [Low Carbon Economy Index](#) von [PricewaterhouseCoopers](#) müsste die CO₂-Intensität bis zum Ende des Jahrhunderts um sechs Prozent pro Jahr sinken, um den Anstieg der Welttemperatur auf zwei Grad zu beschränken. Doch davon sind die Länder weit entfernt. Die globalen CO₂-Emissionen haben im Jahr 2012 das dritte Jahr in Folge einen neuen Rekordwert erreicht, teilte das [Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien \(IWR\)](#) in Münster mit.



„Die Zeichen stehen auf einem deutlichen Anstieg der Welttemperatur. Unternehmen müssen den Klimawandel in ihren Strategien berücksichtigen und mögliche Risiken und Gefahren frühzeitig identifizieren“, sagt Michael Werner, Leiter [Sustainability Services](#) bei PwC. Nach der PwC-Studie müsste die CO₂-Intensität bis zum Ende des Jahrhunderts um sechs Prozent pro Jahr sinken, um den Anstieg der Welttemperatur auf zwei Grad zu beschränken. Doch davon sind die Länder weit entfernt. Zwischen 2008 und 2012 sank die CO₂-Intensität lediglich um 0,7 Prozent. Bereits 2034 könnte das CO₂-Budget daher



aufgebraucht sein und die Erdtemperatur um mindestens vier Prozent steigen, wie die Studie zeigt.

“CO₂-Intensität” ist das Verhältnis von CO₂-Emissionen zum realen Bruttoinlandsprodukt. Laut PwC sinkt diese Kennziffer seit 2008 nur um 0,7 Prozent im Jahresdurchschnitt. Damit wäre das “verfügbare” CO₂-Budget wesentlich schneller aufgebraucht als erwartet, nämlich schon im Jahr 2034 statt erst 2100. Die Folge wäre ein Anstieg der Erdtemperatur um vier Grad Celsius in den nächsten 90 Jahren.(s.u.)



Emissionsranking: China einsame Spitze

Mit 34,43 Mrd. t (2011: rd. 33,99 Mrd. t) wurde so viel Kohlendioxid aus fossilen Energieträgern in die Atmosphäre geblasen wie noch nie. Damit liegen die CO₂-Emissionen im Jahr 2012 erstmals um mehr als 50 Prozent über dem Niveau von 1990 (22,7 Mrd. t), dem Basisjahr für das Kyoto-Protokoll – so das IWR. Auf dem ersten Platz führt China das CO₂-Länder-Ranking 2012 mit 9,1 Mrd. t Kohlendioxid (2011: 8,9 Mrd. t) an. Das sind 57 Prozent mehr als die USA mit 5,8 Mrd. t (2011: 6,0 Mrd. t) auf Rang zwei emittiert haben. Indien erreicht mit 1,8 Mrd. t (2011: 1,79 Mrd. t) aktuell Rang drei, vor Russland mit 1,7 Mrd. t (2011: 1,67 Mrd. t) und Japan mit 1,4 Mrd. t (2011: 1,3 Mrd. t). Deutschland liegt weiterhin auf Rang 6 mit 816 Mio. t (2011: 804 Mio. t).

Schiefergas und Erneuerbare dämpfen Emissionsanstieg



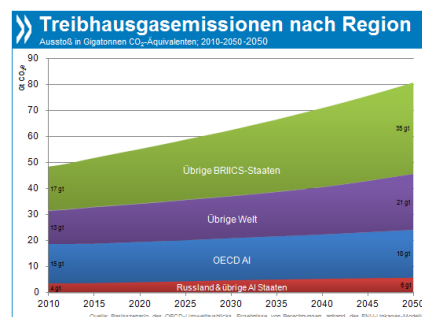
„Die Nutzung von Schiefergas in den USA und der weltweite Ausbau der erneuerbaren Energien haben den globalen CO₂-Anstieg im Jahr 2012 deutlich gebremst“, so IWR-Direktor Dr. Norbert Allnoch. Ohne diese beiden Effekte läge der CO₂-Anstieg 400 – 500 Mio. t höher. Bei den Investitionen in erneuerbaren Energien führt China mit einem Investitionsvolumen von ca. 70 Mrd. Euro deutlich vor den USA (25 Mrd. Euro), Deutschland (20 Mrd. Euro) und Italien (11 Mrd. Euro). Angesichts der weiter steigenden CO₂-Emissionen plädiert das IWR für einen Paradigmenwechsel bei den Klimaschutzinstrumenten.

Investitions-Wettbewerb für internationalen Klimaschutz starten

Allnoch: „Ein erfolgreicher Klimaschutz braucht einen globalen Investitions-Wettbewerb um grüne Techniken und kein endloses politisches Ringen um CO₂-Obergrenzen“. Mit dem [CERINA](#)-Plan (CO₂-Emissions and Renewable Investment Action Plan) hat das IWR 2009 einen Ansatz entwickelt, der eine Kopplung von grünen Investitionen an den CO₂-Ausstoß eines Landes vorsieht und die zur Stabilisierung der weltweiten Emissionen notwendigen globalen Investitionszahlen je Land als Orientierungshilfe in einer [Tabelle](#) veröffentlicht.

PwC: Mindestens vier Grad zu erwarten

Bereits zum fünften Mal hat PwC mit der Studie Low Carbon Economy Index den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistung und CO₂-Emissionen untersucht. Das Fazit: „Nach wie vor sind wir weit davon entfernt, die Wirtschaftsleistung und die CO₂-Produktion zu entkoppeln“, kommentiert Michael Werner. Hätten vor fünf Jahren noch eine Verbesserung der CO₂-Intensität um 3,5 Prozent ausgereicht, müssten mittlerweile bis zum Ende des Jahrhunderts sechs Prozent pro Jahr realisiert werden, um den Anstieg der Erdtemperatur auf zwei Grad zu beschränken. Doch zwischen 2008 und 2012 wurden pro Jahr nur 0,7 Prozent erreicht. Setzt sich dieser Trend fort, wird die Temperatur um mindestens vier Grad steigen. Das CO₂-Budget für einen moderaten Anstieg von maximal zwei Grad wäre dann schon 2034 aufgebraucht.



USA, Australien und Indonesien reduzierten CO₂-Intensität 2012 am stärksten

Die USA konnten ihre CO₂-Intensität 2012 um 5,9 Prozent senken und weisen damit für das vergangene Jahre den besten Wert auf. Der Grund dafür ist der massive Ausbau der Schiefergas-Förderung. Der Anteil des CO₂-freundlichen Erdgases an der Energieversorgung stieg in den Vereinigten Staaten von 25 auf 30 Prozent. Es folgen Australien, das seine CO₂-Intensität um 5,2 Prozent senken konnte, und Indonesien mit einem Wert von fünf Prozent. Aber selbst diese drei Länder bleiben unter der Marke von sechs Prozent, die erreicht werden müsste, um den Anstieg der Welttemperatur auf zwei Grad zu beschränken, wie es die Weltgemeinschaft beschlossen hat.

Massiver Ausbau erneuerbarer Energien senkt CO₂-Intensität



PwC

Wie der Bericht zeigt, geht die Verbesserung der CO₂-Intensität weltweit zu 92 Prozent auf die Energieeffizienz zurück. Erneuerbare Energien machen nur acht Prozent aus. Der Grund: Auch wenn regenerative Energien in den vergangenen Jahren stark ausgebaut wurden, beträgt ihr Anteil an der Energieversorgung nur 8,6 Prozent. Nach wie vor hängt die Weltwirtschaft am Tropf fossiler Energien. Öl und Kohle dominieren mit 63 Prozent die Energieversorgung. „Mit dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, einer steigenden Effizienz sowie der Fähigkeit, CO₂-Emissionen zu sammeln, kann es gelingen, in Zukunft Wirtschaftsleistung und CO₂-Emissionen zu entkoppeln“, sagt Werner.

Unternehmen müssen Risiken des Klimawandels berücksichtigen

Trotz aller Anstrengungen lassen sich ein starker Anstieg der Erdtemperatur und ein Klimawandel mit großer Wahrscheinlichkeit nicht verhindern, wie die Studie zeigt. „Unternehmen müssen die Risiken des Klimawandels identifizieren und in ihrem Geschäftsmodell berücksichtigen“, empfiehlt Werner. Dieser Aspekt sollte in Zukunft eine stärkere Rolle spielen – bei langfristigen Investitionen ebenso wie bei der Gestaltung der Lieferkette.

Bibliographische Daten zu “Busting the carbon budget – Low Carbon Economy Index 2013”, von Leo Johnson, Jonathan Grant, Lit Ping Low, PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, November 2013, 16 Seiten, kostenlos

Das Kapitel *Fracking* im Koalitionsvertrag

Rubriken: [Forschung](#) > [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 27. November 2013

Fracking

Nach den vorliegenden Untersuchungen zur Umweltrelevanz ist der Einsatz der Fracking- Technologie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung – insbesondere bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotential. Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang. Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking- Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab. Über Anträge auf Genehmigung kann erst dann entschieden werden, wenn die nötige Datengrundlage zur Bewertung vorhanden ist und zweifelsfrei geklärt ist, dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu befürchten ist (Besorgnisgrundsatz des Wasserhaushaltsgesetzes).

Auch die Entsorgung des Flowback aus Frack-Vorgängen mit Einsatz umwelttoxischer Chemikalien in Versenkbohrungen ist wegen fehlender Erkenntnisse über die damit verbundenen Risiken derzeit nicht verantwortbar. Die Koalition wird unter Einbeziehung der Länder und der Wissenschaft in einem gemeinsamen Prozess mit den Unternehmen erarbeiten, welche konkreten Erkenntnisse die Erkundungen liefern müssen, um Wissensdefizite zu beseitigen und eine ausreichende Grundlage für mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. Dies soll in einem transparenten Prozess erfolgen. Im Dialog mit allen Beteiligten sollen unter Federführung der Wissenschaft Forschungsergebnisse bewertet werden. Die Koalition wird kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Wasserhaushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bergbaulicher Vorhaben vorlegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht.

Polen: Fracking pro Klima



Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 1. Dezember 2013

taz-Kommentar zum Fracking in Polen Zeit kaufen für die Energiewende



Bernhard Pötter wägt in der [taz](#) Pro und Contra Fracking am Beispiel Polens ab: “Eine Woche nach dem ...UN-Gipfel in Warschau verkündet die polnische Regierung, man werde jetzt ins [Fracking](#) von Schiefergas einsteigen. Kohlegipfel, Konfrontation mit der EU, Sponsoring durch Kohle- und Ölkonzerne: Das Image des Klimasünders war den Polen ziemlich peinlich. Ob das mit dem polnischen Gasboom etwas wird, bleibt abzuwarten. Die Frage aber ist, ob Fracking der Klimapolitik hilft.

Die Antwort ist nicht so einfach. Die Öl- und Gaslobby (oft dieselben Konzerne, ExxonMobil, Chevron und Co) preist den Umstieg von Kohle zu Gas als Klimaschutz. Das stimmt. Sie verschweigt dabei aber gern, dass das Klimagift Methan aus den Frackinglöchern 26-mal so klimaschädlich ist wie CO₂. Trotzdem würde unter dem Strich etwa die polnische Klimabilanz grüner, wenn mehr Gas und weniger Kohle verbrannt würde...”
->Quelle und weiterlesen: [taz.de](#)

Fracking – rein wirtschaftlich gesehen

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 26. Dezember 2013

EWI-Studie untersucht unkonventionelles Erdgas in Europa



In einer aktuellen Studie beschäftigt sich das [Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln \(EWI\)](#) mit den [Auswirkungen einer möglichen Schiefergasrevolution in Europa](#). In den USA habe diese zu einer signifikanten Reduktion des US-Großhandelspreises für Erdgas geführt. In der direkten Folge wechselten die USA von einer kohle- zu einer stärker gasbasierten Stromproduktion. Die nun nicht mehr nachgefragte amerikanische Kohle, suchte nach neuen Abnehmern in anderen Teilen der Welt und habe damit den Einbruch der europäischen Kohleimportpreise beschleunigt. Der reduzierte

Großhandelspreis für Gas sei außerdem ein Produktionskostenvorteil für die US Wirtschaft, der aufgrund von Produktionsverlagerungen eine langfristig steigende Gasnachfrage der amerikanischen Industrie zur Folge haben könnte.

Vor dem Hintergrund der großen unkonventionellen Erdgasressourcen in Europa stellt sich für das EWI die Frage, was bei einer ähnlichen Entwicklung mit den Erdgaspreisen in Europa geschehen würde? Die EWI Studie habe daher das Ziel gehabt, den Einfluss einer Förderung von unkonventionellem Erdgas in Europa auf die europäische Erdgaspreisentwicklung und Versorgungsstruktur bis 2035 zu analysieren. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass auch hierzulande nicht nur die Versorgungssituation gestärkt würde, sondern auch eine Preisreduktion von durchschnittlich 5,7% erreicht werden könnte.

Aus der Einleitung

“In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Erdgasmarkt in den USA dramatisch verändert. Aufgrund der umfangreichen Förderung von so genanntem unkonventionellem Erdgas, vor allem von Schiefergas („shale gas“), fiel der durchschnittliche Gaspreis um mehr als 50% verglichen mit den Jahren 2007 und 2008. Aktuelle Studien (BGR, 2012; EIA 2013a) zeigen, dass auch Europa über nennenswerte Vorkommen an Schiefergas verfügt. Zwar deuten das Moratorium in Frankreich und der Widerstand der Bevölkerung gegen die Förderung des unkonventionellen Erdgases in den betroffenen Gebieten darauf hin, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Förderung dieser Ressourcen anders als in den USA derzeit nicht günstig sind.”



Ökonomische Bedeutung



“Die ökonomische Bedeutung der Förderung von Schiefergas in Europa sollte dennoch untersucht werden. Dies hängt vor allem mit zwei Aspekten zusammen. Zunächst ist in Europa mit zukünftig steigenden Erdgaspreisen zu rechnen. Diese Entwicklung wird einerseits bedingt durch den Rückgang der Erdgaseigenproduktion in Deutschland sowie seiner direkten Nachbarn. Andererseits steigt dadurch die Preissetzungsmacht Russlands, was zu steigenden Preisen für russisches Gas führen dürfte. Die Rolle der Förderung von Schiefergas ist zweitens im Bereich der CO₂-Minderungsziele der Bundesregierung zu sehen. Die Nutzung von Erdgas in

der Strom- und Wärmeerzeugung stellt dabei die effizienteste Option der CO₂-Vermeidung dar. Ziel dieser Studie ist daher, den Einfluss einer Förderung von unkonventionellem Erdgas in Europa auf die Europäische Erdgaspreisentwicklung bis 2035 zu betrachten. Dazu wird in einem ersten Schritt die Entwicklung der Schiefergasförderung in den USA nachvollzogen.

Anschließend gehen wir auf die Frage ein, inwiefern sich die Erkenntnisse aus den USA auf die europäische Situation übertragen lassen. Ein dritter Analyseschritt widmet sich dann der Frage, welche ökonomischen Auswirkungen von einer europäischen Schiefergasförderung zu erwarten wären.”



Die Studie schweigt völlig zu den Risiken des Fracking, wie sie in den USA mehr und mehr offenkundig werden und auch dort wachsenden Widerstand erzeugen (siehe die spannende und einleuchtende [ARD-Dokumentation vom 06.11.2013](#)). Die in den Augen der EWI-Mitarbeiter interessanten Fragen sind anscheinend rein ökonomische.” S_Y

->Quelle: [Unkonventionelles Erdgas in Europa – © EWI](#);

Kein Schiefergas-Wunder

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 2. Februar 2014

Fracking: Ausländische Kapitalgeber ziehen sich zurück

Die EU-Kommission ebnet [Fracking](#) in Europa den Weg, dabei zeigt sich in den USA: Die Erwartungen an die umstrittene Förderung von Erdgas aus Schiefergestein sind überzogen. Die ausländischen Kapitalgeber ziehen sich bereits zurück, sie investierten 2013 nur noch halb so viel wie im Jahr zuvor. Eine Analyse des [Rates für Nachhaltige Entwicklung](#).



Die Gaspreise in den Vereinigten Staaten sind gesunken, und die Abhängigkeit von Importen hat abgenommen. Der Auslöser: Fracking zur Förderung von Erdgas. US-Präsident Barack Obama lobte erst in seiner jüngsten [Rede zur Lage der Nation](#) die heimische Schiefergasförderung. „Amerika ist der Energieunabhängigkeit heute näher, als wir es über mehrere Jahrzehnte hinweg waren“, so Obama. „Einer der Gründe dafür ist Erdgas.“ Was in den USA gut läuft, sollte auch in Europa klappen, so argumentieren die Befürworter der Fracking-Technik, die derzeit so umstritten ist wie kaum eine andere.

Der deutsche EU-Energiekommissar Günter Oettinger sagte es auf einer Tagung des Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln (EWI) und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Köln im

September letzten Jahres zum Beispiel so: „Haltet die Option offen, die Putin nervös macht.“ Die EU-Kommission hat sich jetzt Oettingers Linie angeschlossen. Dabei mehren sich die Anzeichen, dass der Boom so schnell wieder vorbei sein könnte wie er begonnen hat und dass die Zweifler recht bekommen.

Skeptiker warnen vor ökologischen Gefahren

Diese Zweifler hatten von der EU-Kommission strikte Regeln gefordert. Sie warnen vor großen ökologischen Gefahren. Beim Fracking wird mit großem Druck Wasser, Sand und eine spezielle Chemikalienmischung in die Bohrstelle gepresst, um das Schiefergestein aufzubrechen, in dem Erdöl und -gas eingeschlossen sind. Gesundheitsgefährdende Chemikalien, so die Befürchtung, könnten ins Grund- und später ins Trinkwasser gelangen. Der Vorsitzende des EU-Umweltausschusses, Matthias Groote (SPD), sagt: „Fracking darf nur eingesetzt werden, wenn Gefahren für Umwelt und Gesundheit ausgeschlossen sind.“

Foto ©

<http://www.flickr.com/photos/boscdanjou/6074425131/>
Doch die Brüsseler Beamten veröffentlichten letzte Woche nur [unverbindliche Empfehlungen](#). Die Staaten sollen demnach prüfen, wie sich das Fracking an den Bohrstellen auf die Umwelt auswirkt und was sich vermeiden lässt. Die Öffentlichkeit soll die wichtigsten Daten bekommen, auch dazu, welche Chemikalien verwendet werden. Und die Staaten sollen die Brüsseler Beamten informieren, wie sie die Empfehlungen einhalten. Die Kommission überlässt damit den Mitgliedstaaten, ob Geologen und Ingenieure die Technik voranbringen sollen. Einige sind schon entschieden.



In Deutschland sehen Wissenschaftler das größte Potenzial im südlichen Bereich des Norddeutschen Beckens und in Teilen des Oberrheintal-Grabens. Im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung steht allerdings, Fracking sei „eine Technologie mit erheblichem Risikopotential“, die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt seien „nicht hinreichend geklärt“. Das ist ein Aufschub. In Frankreich ist Fracking verboten. Polen und andere osteuropäische Länder wollen indes Pilotprojekte starten, um weniger abhängig von russischem Gas zu werden.

In den USA wird die Industrie Opfer ihres Erfolgs

Die Vereinigten Staaten haben mit der unkonventionellen Fracking-Methode schon große Gasvorkommen erschlossen. Auf den ersten Blick sieht es dort nach Goldgräberstimmung aus: Der amerikanische Bundesstaat North Dakota an der kanadischen Grenzen, eines der stärksten Frackinggebiete, ist auf der Liste der Bundesstaaten mit den meisten Millionären je Einwohner von Platz 43 auf Platz 29 vorgerückt. Die Internationale Energieagentur IEA sah schon 2011 in einem Sonderbericht ein „[goldenes Zeitalter für Gas](#)“. Der Energiemarkt werde sich weltweit verändern, hieß es.

Allein, die Industrie wird offenbar ein Opfer ihres eigenen Erfolgs. Weil sie mehr und mehr Gas zutage förderte, fallen die Preise. 1000 Kubikfuß Gas (das sind 28,3 Kubikmeter) kosteten für die Industrie im Jahr 2008 zwischen 7 und 13 Dollar, 2013 waren es nur zwischen vier und fünf Dollar. So tief waren die Preise zuletzt [2002](#), also vor dem vermeintlichen Schiefergasboom.

Für Investoren und Energiefirmen zahlt sich die kostspielige Technik nicht mehr aus. Sie ziehen sich zurück.

Nach den neuesten Zahlen, die die amerikanische Unternehmensberatung IHS Herold errechnet und das [Wall-Street Journal](#) veröffentlicht hat, investierten ausländische Kapitalgeber im letzten Jahr 3,4 Milliarden Dollar in Beteiligungen an Frackinggebieten in den USA. 2012 waren es noch knapp 7. Und 2011: satte 35 Milliarden Dollar.

Die US-amerikanische [Ökonomin Deborah Rogers](#) warnte schon im Februar 2013 im Report „Shale and Wall Street“ vor einer „Investmentblase“: Energiekonzerne könnten ihre Gasvorräte um bis zu 500 Prozent hochgerechnet haben.

Wenige Monate später stellte der [Finanznachrichtendienst Bloomberg fest](#), die Energieunternehmen kämpften mit „einer Serie von Abschreibungen auf Schieferöl- und Gasinvestitionen, verursacht von sinkenden Preisen“. Und: „Enttäuschende Förderraten“ machten ihnen ebenso zu schaffen. Der Konzern Royal Dutch Shell musste etwa zwei Milliarden Dollar abschreiben.

Quellen schnell erschöpft, Bohrungen teuer

Andreas Löschel leitet am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim die Abteilung Umwelt- und Ressourcenökonomie. Ihn wundert das alles nicht. Der Professor für Volkswirtschaft ist kein grundsätzlicher Gegner der Technik, sagt aber: „In Europa würde sich Fracking augenblicklich überhaupt nicht in größerem Stil lohnen“. Die Gaspreise müssten „erst deutlich steigen“. Dies sagten die Fachleute aus der Energiewirtschaft selbst. Das [ZEW hat 200 von ihnen befragt](#), und zwar schon vor gut einem Jahr. Damals sei das ZEW wegen des Ergebnisses „stark angegangen worden“, erzählt Löschel. Öffentlich wollte lange Zeit keiner eingestehen, dass das Frackinggeschäft Tücken hat.

Eine Schiefergas-Quelle ist schnell erschöpft, erklärt Hans Georg Babies von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover: „Nach ein bis zwei Jahren sind 90 Prozent des Vorkommens bereits ausgefördert.“ Darum müssten ständig neue Bohrungen niedergebracht werden, im Jahr könnten das in einem Gebiet leicht mehrere hundert Bohrungen sein. Kosten pro Bohrung: „Drei bis zehn Millionen Dollar“, sagt Babies.

Bleibt eine Frage: Braucht Deutschland Fracking, um die Energiewende zu schaffen? Für den Umbau des Energiesystems werden Gaskraftwerke gebraucht und Deutschland importiert schon heute 87 Prozent des benötigten Erdgases. Babies meint, eine „Steigerung der Eigenförderung sei durchaus von Nutzen“. Löschel, der der von der Bundesregierung eingerichteten [Kommission zum Monitoring der Energiewende](#) vorsitzt, sagt indes: „Es gibt genug Vorräte, die Importe etwa aus Russland, Norwegen und den Niederlanden werden ausreichen.“
->Quelle: nachhaltigkeitsrat.de; solarify.eu/Dossier-Fracking-Segen-oder-Fluch



Säulen der Energiewende

Rubriken: [News](#) > [Wirtschaft](#) | 8. März 2014

VDI-Positionspapier: Entkarbonisierung und Effizienzsteigerung unabdingbar für Energiewende



Klimaschutz und Reduktion von Treibhausgasemissionen sind wichtige Ziele der Energiewende. In einem neuen [Positionspapier](#) legt der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) dar, wie ressourcenschonende und CO₂-arme Energieversorgung und -nutzung in Deutschland zu erreichen sind. Dabei kommt es nach Überzeugung des VDI vor allem auf die Entkarbonisierung, d.h. die verringerte Nutzung von Kohlenstoffen in der Energiewirtschaft an.

Zu den weiteren Maßnahmen zählen Energie-Effizienzsteigerung, bzw. -Einsparung.

„Die Energiepolitik muss sich in den nächsten Jahrzehnten an den Grundprinzipien von Technikoffenheit, sparsamer Energienutzung, erneuerbaren Energien, Netzausbau und einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis orientieren, damit die Energiewende gelingen kann“, erklärte Prof. Udo Ungeheuer, Präsident des VDI. Handlungsbedarf sieht die nach eigenem Bekunden „führende Ingenieurvereinigung Deutschlands“ (152.000 Mitglieder) unter anderem bei der Energie- und Wärmeversorgung von Industrie und Gebäuden. So müssen z. B. die erneuerbaren Energien besser in das vorhandene Energiesystem integriert werden. Wichtige Schritte hierfür sind u. a. der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze sowie die Entwicklung von Energiespeichern. Der VDI empfiehlt auch eine entsprechende Weiterentwicklung der Inhalte des Energiewirtschafts- und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.



Fossile Energieträger wichtig: Fracking und CCS weiter prüfen!

Neben den erneuerbaren Energien werden aber auch fossile Energieträger zukünftig noch eine wichtige Rolle spielen. Der VDI spricht sich dafür aus, unter Einhaltung der geltenden Umweltschutzmaßnahmen Verfahren zur Gewinnung von Schiefergas (Fracking) sowie zur Abscheidung, Verwertung und Speicherung von CO₂ weiter zu prüfen.

„Die Energiewende stellt ein ehrgeiziges, aber zu erreichendes Ziel dar“, so Ungeheuer. „Zugleich ist sie eine Herausforderung, die ein faszinierendes und anspruchsvolles Arbeitsfeld für Ingenieurinnen und Ingenieure darstellt und die Chance bietet, durch den Export effizienter Energietechnologien neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.“

->Quelle(n): vdi.de;

vdi.de/Klimaschutz_und_Energiepolitik.pdf; vdi.de/Klima_und_Energie.pdf

Wiwo-Green: So könnte Deutschland auf Putins Erdgas verzichten

Rubriken: [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 21. März 2014

Aber erst in einem Jahrzehnt...



Deutschland und Europa reagieren mit Sanktionen auf die Krim-Krise. Dabei sind wir “abhängig von russischen Energieimporten wie ein Süchtiger von seiner Droge, vor allem von Erdgas”, schreibt Jan Willmroth auf [Wiwo-Green](#). Übertreibt es die EU mit den Sanktionen, laufen wir Gefahr, dass Putin den Gashahn zudreht. “Noch sind die deutschen Gasspeicher zwar prall gefüllt. Beruhigend ist das aber nicht”, so der Wiwo-Green-Autor.

Vorerst könnte Deutschland auf die russischen Energieimporte ohne starke Einbußen nicht verzichten. “Aber mittelfristig schon”: Rein rechnerisch könne der Stromsektor völlig ohne Erdgas auskommen, allerdings um den Preis stärkerer Kohleverstromung. Gaskraftwerke müssten bei plötzlichem Ausfall der Erneuerbaren einspringen. Die aber könnten auch ohne Importe aus Russland laufen. Außerdem könnten bald auch Biogasanlagen mehr als 10 Prozent des deutschen Strombedarfs decken.

Der größte Teil des Gases werde aber für Haushaltswärme, im Gewerbe und für Industrieprozesse verbraucht. Doch der Gasbedarf werde durch energie-effiziente Renovierungen von Gebäuden weiter abnehmen, im besten Fall bis 2023 um 25 Prozent im Vergleich zu 2013. Wiwo-Autor Willmroth zählt drei Ersatzressourcen aus:

1. Heimisches Erdgas deckt aktuell erst zwölf Prozent des deutschen Gasbedarfs. Künftig müsste Schiefergas (Fracking) erschlossen werden – das könnte rund 25 Prozent des deutschen Bedarfs decken – oder Kohleflöze in Norddeutschland zur unterirdischen Gasförderung, die hätten ein noch größeres Potenzial als Schiefergas. Beide Verfahren bergen aber Umweltrisiken.
2. Sonnenwärme
3. Importe aus Norwegen, Niederlande und Dänemark

Im besten Fall könne Deutschland schon in der nächsten Dekade auf Russlands Gas verzichten – wenn Gas deutlich effizienter verbraucht werde, und etwas höhere Gaspreise in Kauf genommen würden.

->Quelle und ganzen Artikel lesen: green.wiwo.de

Chancen für Fracking?

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 30. März 2014

Merkel will Energiepolitik komplett überdenken



roten Koalition.

Putin und die Folgen – eine aufgeregte Diskussion in Deutschland. Die einen wollen die Atomkraftwerke länger laufen lassen (Ex-Minister und Wirtschaftsausschussvorsitzender Ramsauer, CSU) andere wollen mit Schiefergas Deutschlands Abhängigkeit von russischen Energie-Importen verringern. [Welt Handelsblatt](#), [WamS](#) und [FAZ](#) zur – teils bizarren – Diskussion innerhalb der schwarz-

“Eine neue Betrachtung der gesamten Energiepolitik” hatte Merkel beim Besuch ihres kanadischen Kollegen Harper angekündigt. Das irritiert ihren Koalitionspartner SPD: Hannelore Kraft formulierte daraufhin ihre Erwartung in der “Welt am Sonntag”, sie “gehe davon aus, dass die Bundeskanzlerin uns erklären wird, was sie konkret damit meint”. Man befinde sich doch eben “in einer grundlegenden Veränderung des Energiemix in Richtung der erneuerbaren Energien”. Ramsauer sieht dagegen in der [Welt am Sonntag](#) in Merckels Satz “ein klares Ja zur Schiefergasförderung”.

Der frühere Umweltminister Röttgen (CDU), sieht die Zusammenarbeit mit den USA als Chance, die Abhängigkeit von Russland zu verringern er forderte in der „[WamS](#), den Energiemix „durch Flüssiggaslieferungen zu diversifizieren“. Auch Unionsfraktionsvize Fuchs (CDU) will laut [FAZ](#) unsere Energieversorgung anders aufstellen” und neben Fracking über ein eigenes Flüssiggas-Terminal sowie alternative Öl- und Gaslieferanten wie Norwegen oder Nigeria nachdenken. Bayerns Energieministerin Aigner (CSU) forderte „verstärkt Möglichkeiten, Gas aus anderen Ländern zu beziehen“.

->Quelle(n): [welt.de1](#); [handelsblatt.com](#); [faz.net](#); [welt.de2](#)

Europäische Versorgungssicherheitsstrategie – Pro + Contra

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) | 28. Mai 2014

Oettinger präsentiert EU-Strategie zur Stärkung der Versorgungssicherheit

Gabriel: gut – BEE: schlecht



Die Europäische Kommission will als Reaktion auf das aktuelle geopolitische Umfeld die Abhängigkeit der EU von Energieimporten verringern. Daher habe EU-Energiekommissar Günther Oettinger am 28.05.2014 eine [Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung](#) vorgestellt – so eine [Mitteilung](#) der EU. Dazu gehören die Diversifizierung der ausländischen Energielieferungen, der Ausbau der Energieinfrastruktur, die Vollendung des EU-Energiebinnenmarkts und Energieeinsparmaßnahmen. Zudem beinhaltet sie konkrete Vorschläge, um die Energieversorgung im nächsten Winter zu sichern. Die europäischen Staats- und Regierungschefs werden beim Europäischen Rat am 26. und 27. Juni über die Vorschläge beraten.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärte: “Die EU hat nach der Gaskrise 2009 viel für die Verbesserung ihrer Energieversorgungssicherheit getan. Dennoch ist diese nach wie vor gefährdet. Die Spannungen in der Ukraine haben dies erneut verdeutlicht. Angesichts einer Importabhängigkeit von insgesamt mehr als 50 Prozent müssen wir weitere Schritte unternehmen.”

EU-Energiekommissar Günther Oettinger: “Wir wollen starke und stabile Partnerschaften mit wichtigen Lieferländern, müssen aber vermeiden, dass wir politisch und kommerziell erpressbar werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben eine lange Liste mit Hausaufgaben vor sich: Gemeinsam müssen wir unsere Solidarität mit den stärker gefährdeten Mitgliedstaaten stärken. Außerdem müssen wir den Energiebinnenmarkt vollenden, unsere Infrastruktur verbessern, unsere Energieeffizienz steigern und unsere eigenen Energieressourcen besser nutzen. Ferner müssen wir die Diversifizierung der externen Energielieferanten, insbesondere der Gaslieferanten, schneller vorantreiben.”

Umfassende Risikobewertungen vorgeschlagen

Um eine unterbrechungsfreie Versorgung im kommenden Winter zu gewährleisten, schlägt die Kommission umfassende Risikobewertungen (Stresstests) vor. Diese sollen auf regionaler oder auf EU-Ebene stattfinden und eine Störung der Erdgasversorgung simulieren. Darauf aufbauend sollen Notfallpläne entwickelt und Sicherungsmechanismen eingeführt werden. Solche Mechanismen könnten unter eine Aufstockung der Gasvorräte, eine Senkung der Gasnachfrage durch die Umstellung auf andere Brennstoffe (insbesondere für Heizzwecke), die Entwicklung einer Notfall-Infrastruktur wie die Realisierung von Reverse-Flow-Möglichkeiten umfassen.

Die Vorschläge im Einzelnen:

- Vollendung des Energiebinnenmarkts
- Bau fehlender Infrastrukturverbindungen
- Diversifizierung der Lieferländer und Versorgungswege
- Verlässlichen Partner pflegen und neue gewinnen sowie neue Versorgungsrouten aufbauen
- Stärkung von Notfall- und Solidaritätsmechanismen und Schutz kritischer Infrastrukturen
- Erhöhung der einheimischen Energieproduktion
- Ausbau der erneuerbaren Energien und die nachhaltige Gewinnung fossiler Brennstoffe
- Verbesserte Koordinierung der nationalen Energiepolitiken und geschlossenes Auftreten in der externen Energiepolitik
- Frühzeitige Beteiligung der Kommission bei entsprechenden zwischenstaatlichen Abkommen mit Drittstaaten
- EU-Aufsicht, dass Vereinbarungen und Infrastrukturprojekte im Hoheitsgebiet der EU einschlägige EU-Vorschriften in vollem Umfang einhalten
- Weiterentwicklung von Energietechnologien
- Steigerung der Energieeffizienz – vor allem von Gebäuden.

Gabriel begrüßt Kommissionsvorschläge – Verbände kritisieren



Mit der Strategie zur Energieversorgungssicherheit kommt die Europäische Kommission einer Aufforderung durch die Staats- und Regierungschefs der EU vom März 2014 nach. Bundeswirtschaftsminister Gabriel begrüßte den Vorschlag, zeige er doch, dass Europa auf dem richtigen Kurs sei. „Kurzfristig sind die Möglichkeiten, Abhängigkeiten zu verringern, begrenzt. Aber die aktuelle Krise macht uns deutlich, dass wir den eingeschlagenen Weg der Diversifizierung und der Vollendung des europäischen Binnenmarktes konsequent weiter gehen sollten“. Das Kriseninstrumentarium müsse ausgestaltet sowie mittel- und langfristig die Energieversorgung Europas nachhaltig ausgestaltet werden. Gabriel: „Aus meiner Sicht muss [Versorgungssicherheit](#) Hand in Hand gehen mit der Klimaschutz- und [Energiepolitik der Union](#) für 2030. Wir müssen dies zusammen diskutieren, denn mehr [Energieeffizienz](#) und der weitere Ausbau [Erneuerbarer Energien](#) reduzieren nicht nur Treibhausgasemissionen, sondern verringern auch die Abhängigkeit von Importen [fossiler Energieträger](#). Ich freue mich, dass die Kommission dies deutlich herausgestellt hat.“

Bundesverband Erneuerbare Energie: So schafft Oettinger keine sichere Energieversorgung



Der BEE ist unzufrieden mit Oettinger: Die Europäische Kommission vererbe die „große Chance, die Energieversorgung der EU in Richtung mehr Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit zu bringen“, kritisiert der [Bundesverband Erneuerbare Energie \(BEE\)](#) die Strategie zur Energieversorgungssicherheit durch Oettinger. „Die Vorschläge beschränken sich auf die Absicherung der bestehenden fossilen Versorgung. Herr Oettinger macht den konventionellen Energieerzeugern ein



Abschiedsgeschenk. Zukunftsweisende Ideen hat er dagegen nicht“, sagt BEE-Geschäftsführer Dr. Hermann Falk.

“Erneuerbare mit keinem Wort erwähnt”

Wenn die EU-Kommission das Ziel des Europäischen Rates erreichen wollte, unsere Energieversorgung unempfindlicher gegen Lieferengpässe und unabhängiger von Rohstoffimporten aus politisch unzuverlässigen Staaten zu machen, müsste sie viel stärker auf Erneuerbare Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz setzen, fordert Falk. Es sei schon bemerkenswert, dass Oettinger in seinem ausführlichen Pressestatement die Erneuerbaren mit keinem Wort erwähnt habe.

“Oettinger für Fracking, Kohle und Atom”

Stattdessen unterstütze er die Nutzung des umweltschädlichen und nicht nachhaltigen Schiefergases, die weitere Verfeuerung von Kohle und die teure und gefährliche Atomkraft. „Die Atomenergie als Lösung für das Problem der Versorgungssicherheit darzustellen, ist eine unglaubliche Verzerrung der Wirklichkeit“, sagt Falk. Beim Roh-Uran liege die Importabhängigkeit der EU bei 98 Prozent. Mehr als 40 Prozent des importierten Urans kämen aus Russland und Kasachstan, fast 13 Prozent aus dem afrikanischen Staat Niger. „Erneuerbare Energien dagegen sind heimische Ressourcen, sie sind Europas Zukunft“, sagt der BEE-Geschäftsführer. „Wir fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Staats- und Regierungschefs auf, die Strategie zur Energieversorgungssicherheit noch grundlegend zu verändern.“

->Quelle(n): ec.europa.eu; bmwi.de/versorgungssicherheit; bmwi.de/europaeische-energiepolitik; europa.eu/press-release; ec.europa.eu/security_of_supply; bee-ev.de

Steinmeier warnt vor falschen Hoffnungen auf Fracking

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 28. Mai 2014

Schiefergas kein Problemlöser

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat angesichts wachsender Sorgen um infolge der Sanktionen gegen Russland unsicher werdende Gaslieferungen vor allzu großen Hoffnungen auf das sogenannte Shale Gas gewarnt: „Niemand macht sich vor, dass wir das Problem schnell lösen können, etwa mit ein paar Millionen Litern Shale Gas aus Ohio“, sagte Steinmeier am 28.05.2014 beim [Energy Security Summit 2014](#) in Berlin. Denn das Problem der Versorgungssicherheit sei „nicht in 14 Tagen oder auch zwei Jahren zu lösen“. Auch seien aus Katar kaum schnelle zusätzliche Gaslieferungen zu erwarten, die seien ziemlich ausgebucht. Schiefergas werde „nicht viel zur Lösung der aktuellen Krise beitragen“. Also müsse Europa stärker in Energieeffizienz investieren.



Steinmeier rief Europa zur Geschlossenheit auf, wichtig sei die Schaffung des europäischen Energiebinnenmarkts, der Energie-Union – die bedeute nicht Einkaufskartelle oder gar Staatswirtschaft. Polens Ministerpräsident Tusk hatte zuvor gefordert, nach dem Vorbild der Bankenunion auch eine Energieunion zu schaffen. „Wir haben keinen echten Gasmarkt, daran sollten wir arbeiten“, schloss sich der polnische Umweltminister Maciej



Grabowski dem beim „[Energy Security Summit](#)“ an. Dabei sei das Thema Sicherheit weitaus wichtiger als bisher.



Nobert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Bundestags-Ausschusses und früherer Bundesumweltminister, bezeichnete das als „richtig“. Ein europäischer Gasmarkt sei schon im Entstehen. „Aber der Markt allein wird nicht für Sicherheit sorgen“, sagte Röttgen. Europa müsse sich auch um die Energiesicherheit und die Versorgungsstruktur der Ukraine kümmern. Denn Russland wolle durch „Destabilisierung und Chaotisierung der Ukraine den russischen Machteinfluss realisieren“.

Steinmeier diagnostizierte: „Je größer die Abhängigkeit vom Gas aus Russland, desto größer ist im Augenblick die politische Nervosität“, und nannte als Beispiele die baltischen Staaten, die zu 100 Prozent von russischem Gas abhängig seien. „Wer allerdings Energiepolitik als Kampf gegen den Klimawandel sieht, zur Senkung von Treibhausgasen, wird die Schiefergas-Revolution ambivalent betrachten“ – nicht ambivalent sei dagegen die Unvermeidbarkeit der Technologiewende in der Energieversorgungssicherheit.



Manfred Ischinger, gemeinsam mit Günther Nonnenmacher (FAZ) Organisator der Konferenz, im Interview des Berliner info-radios (mit Oliver Rehlinger): „Aus einer seit vielen Monaten geplanten Konferenz über Energiesicherheit (ist) jetzt eine Konferenz insbesondere über Energiesicherheit Europas und... die Krise um die Ukraine geworden. Ich glaube, man muss das als Gesamtpaket sehen. Hier geht es um den Preis und den Umfang der Gasrechnung. Es geht aber auch um die Frage: Wie gehen Ukraine und Russland mit den Separatisten oder Rebellen um? Und es geht schlussendlich um die Frage: Was ist die internationale Gemeinschaft im Stande, für die marode und hilfebedürftige ukrainische Wirtschaft zu tun?...“

Frage: Was würde passieren, wenn Russland den Gashahn zudrehen würde?

Antwort: „Die Wahrscheinlichkeit, dass das passiert, halten wir alle für gering. Selbst in Zeiten des Kalten Kriegs ist das in dieser Form so nie passiert. Ich glaube, das russische Interesse ist es nicht, den Ast abzuschneiden, auf dem man selbst sitzt. Aber können wir den russischen politischen Hebel, der da zumindest theoretisch existiert, etwas verringern? Die Antwort lautet: kurzfristig eher nein, mittelfristig natürlich ja. Diversifizierung der Versorgung, das muss das Ziel sein für die ganze EU. Das ist ja nicht ein deutsches Problem, sondern es ist ein Problem der EU. Und das ist natürlich in der Tat eine große Verwundbarkeit.“

Frage: Ein großes Thema der Konferenz... ist die sogenannte Schiefer-Revolution in den USA..., Fracking... Wäre das auch für Europa ein Weg zu mehr Unabhängigkeit bei der Energieversorgung?

Antwort: „Nach Expertenaussagen ja... Klar ist eins: Die Energieabhängigkeit der USA wird sich dramatisch verringern. Damit verringert sich die Verwundbarkeit der USA. Damit ergeben sich auch Folgen auf die Notwendigkeit der USA, sich strategisch abzusichern durch teure Kriegsschiffe in allen möglichen Ozeanen dieser Welt, die jedenfalls für die Versorgung der USA nicht mehr nötig sind. Welche Auswirkungen hat das beispielsweise auf die chinesische Marine? Wird die weiter ausschwärmen, um den Zugang für maritime Energietransporte nach China zu sichern? Welche Auswirkungen hat das auf die ganze Sicherheitsarchitektur im Nahen und Mittleren Osten? Hier geht es also nicht nur um ein rein energiewirtschaftliches Thema. Sondern es geht auch um geostrategische Auswirkungen... (nach BPA-Verschriftlichung)

An der Veranstaltung nahmen rund 150 Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus dem In- und Ausland teil. Unter den Gästen waren EU-Kommissar Günther Oettinger, Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie der US-Sonderbeauftragte für Energiefragen, Carlos Pascual.

->Quelle(n): faz-forum.com/security; faz.net;

UNEP-Chef: Deutschland mit Energiewende Vorreiter

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 15. Juni 2014

Deutschlandfunk



Interview mit Achim Steiner im Deutschlandfunk

Die Energiewende sei der richtige Weg in Deutschland, sagte Achim Steiner im Interview der Woche des DLF am 14. 06. 2014. Diese müsse jedoch konsequenter und schneller umgesetzt werden, ergänzte der Leiter des UN-Umweltprogramms UNEP. Ansonsten drohe die Gefahr, die Weltführerschaft bei grünen Technologien und Klimaschutz zu verlieren.

“Mit einem gewissen Bedauern” schaue er von außen darauf, dass in Deutschland derzeit der Anteil der klimaschädlichen

Braunkohle an der Stromerzeugung wieder wachse, allerdings auch “mit der Hoffnung, dass dies nur ein kurzfristiger Rückschlag” sei auf dem mutigen Weg Deutschlands. Man solle “nicht den Blick dafür verlieren, dass Deutschland hier wirklich Vorreiter ist und auch mit sehr viel Erfolg für die eigene Wirtschaft, für die eigene Industrie und für Arbeitsplätze genügend Beispiele” dafür geliefert habe, dass die “Energiewende der richtige Weg” sei, aber, “dass er noch konsequenter und schneller beschritten werden muss”.



Der Übergang hin zu einer Erneuerbaren-Energie-Infrastruktur ist letztlich die Lösung, um die Versorgung von acht, neun Milliarden Menschen sicher zu stellen.”



Mit Blick auf die neuen Klimaziele Präsident Obamas zeigte sich Steiner überzeugt, “dass die Klimapolitik der Vereinigten Staaten nicht nur international, sondern auch für die Zukunft der Wirtschaft Amerikas von zentraler Bedeutung ist. Für die Welt ist es sicherlich ein sehr wichtiges Signal”. Zur Frackingdiskussion sagte der UNEP-Direktor, auch Schiefergas sei schließlich endlich, es verursache Umweltrisiken und brauche enorm viel Wasser. Er sei überzeugt, “dass weltweit der Übergang hin zu einer Erneuerbaren-Energie-Infrastruktur letztlich die Lösung

ist, auch um die Versorgung von acht, neun Milliarden Menschen sicher zu stellen.

Die Rolle der EU sah Steiner kritisch: Europa sei “zu einer Art ‘Mini-Vereinten-Nationen’ geworden” – denn die Europäische Union habe inzwischen sehr unterschiedliche Mitgliedstaaten. Für Europa sei es daher wichtig, “sich genau zu überlegen, wie positioniert sich eine Europäische Union in den Trends, die sich heute abzeichnen”. Es sei durchaus vorstellbar, dass die Vereinigten Staaten und auch China Europa bei der Klimapolitik in sehr kurzer Zeit überholen könnten – wo doch “Europa nun wirklich eine Führungsrolle in den letzten 15 Jahren gespielt hat”.



“Wir subventionieren immer noch Fehlverhalten, falschen Konsum, ressourcen-ineffizienten Konsum”

Steiner: “Wir subventionieren immer noch Fehlverhalten, falschen Konsum, ressourcen-ineffizienten Konsum”. Genau diese Parameter müssten wir aber zuerst verändern, “in denen unsere Wirtschaft im Augenblick immer noch in die falsche Richtung” gehe. Wenn Europa es aber nicht schaffe, “mit den richtigen Anreizsystemen Industrie und Verbraucher zu einer effizienteren Wirtschaftsform zu führen, dann werden wir auch international sehr schnell sehen, dass europäische Unternehmen nicht mehr konkurrenzfähig sein werden.” Steiner warnte davor, dass China und die USA Europa in Umwelttechnologien den Rang ablaufen könnten – er sah einen Widerspruch zwischen den Appellen “an die Chinesen, dass sie mit Erneuerbaren Technologien, mit weniger CO₂-Emissionen ihre eigene Wirtschaft vorantreiben” und der Kritik wegen der Subventionen, wenn sie erfolgreich mit diesen Technologien in den Weltmarkt träten. Dabei ermöglichten sie nicht nur Europa, sondern auch vielen anderen Ländern, in die erneuerbaren Technologien einzusteigen. Steiner: “Also hier sind Welthandelspolitik und Weltklimapolitik erst einmal in einem Konflikt, der sehr schnell gelöst werden muss”.



Europa müsse großes Interesse haben, sich mit seinen eigenen Klimazielen so zu positionieren, dass es Weltmarktführer bleibe. Doch wenn Europa seine Energiepolitik verlangsame und erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz nicht mehr so verfolge, wie es einmal in den Zielen geplant gewesen sei, leide “die europäische Industrie darunter und der Wettbewerbsvorteil ist sicherlich erst einmal in Frage gestellt”. Steiner sieht aber durch die Ankündigungen der USA und Chinas die Voraussetzungen für Paris 2015 etwas gebessert. Doch bestehe keine Anlass zu Illusionen. (Das Gespräch führte Jule Reimer.)

->Quelle und vollständiges Interview: deutschlandfunk.de

Gegenentwurf zu Oettinger

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) | 20. Juni 2014



Bundesverband Erneuerbare Energie fordert EU-Strategie für nachhaltige Energieversorgung



Der [Bundesverband Erneuerbare Energie \(BEE\)](#) fordert die Europäische Kommission in einem neuen Positionspapier auf, eine Strategie für eine nachhaltige Energieversorgung zu entwickeln. In dem englischsprachigen Papier „[EU Energy Security Strategy – Tackling the causes, not just the symptoms](#)“ spricht sich der BEE dafür aus, möglichst bald den Weg zu einem versorgungssicheren Energiesystem zu beschreiben, das die heimischen Erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt stellt.

Mit dem Papier, das an Abgeordnete des Europaparlaments sowie EU-Kommission, Europäischen Rat und Bundeswirtschaftsministerium verschickt wurde, schafft der BEE nach eigener Aussage “einen Gegenentwurf zur Ende Mai von EU-Energiekommissar Günther Oettinger vorgelegten Strategie zur Energieversorgungssicherheit”. Diese setzt aus Sicht des deutschen Dachverbandes der Erneuerbaren Energien viel zu stark auf Atomkraft und fossile Energien mit wenig realistischen und umstrittenen Optionen wie Schiefergas und Speicherung von Kohlendioxid unter der Erde (CCS).



Steigerung der Energieeffizienz und schneller Ausbau der Erneuerbaren



Auch Maßnahmen wie größere Gasspeicher, eine Verschiebung der Lieferländer oder Notfallpläne kurieren nur kurzfristig an den

Symptomen. Wer die Risiken von Lieferengpässen auf Dauer minimieren will, muss auf eine Steigerung der Energieeffizienz und vor allem einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren setzen. Was die sauberen Energien leisten können, zeigen beispielhaft diese Zahlen: Von 2003 bis 2013 ist die Stromproduktion pro Jahr aus Erneuerbaren in der EU von 404 Terawattstunden (TWh) auf 787 TWh gestiegen. Dieser Anstieg von 383 TWh entspricht der gesamten jährlichen Stromerzeugung aus Erdgas.

Erneuerbare Energien schaffen Wertschöpfung in Europa, während Erdgas, Öl und Uran zum weit überwiegenden Teil importiert werden müssen – teilweise aus politisch unsicheren Staaten. Besonders große Potenziale, fossile Energien zu ersetzen, haben Erneuerbare und Effizienzsteigerung in der Wärmeversorgung.

Deshalb spricht sich der BEE dafür aus, auf europäischer Ebene für jeden EU-Staat verbindliche, ehrgeizige Mindestziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz festzulegen. Mitgliedsstaaten, deren Energieversorgung besonders gefährdet ist, sollten eine Mitfinanzierung beim Umbau ihres Systems erhalten. Diese Investitionen in Innovation und Infrastruktur könnten von der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie aus EU-Strukturfonds und EU-Programmen für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz mitfinanziert werden.



->Quelle: bee-ev.de; [das Positionspapier](#)

Streit um Fracking in Deutschland

Rubriken: [Forschung](#) > [News](#) > [Politik](#) > [Wirtschaft](#) | 20. Juni 2014

Gabriel will “Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten” unter Auflagen erlauben



“Kommt das Fracking-Gesetz während der WM?” fragt bang das [Nachrichten- und Branchenportal der Regenerativen](#)

[Energiewirtschaft IWR](#) in Münster und argwöhnt, “Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will die Technik unter Auflagen ermöglichen. Ein Gesetz könnte noch vor der Sommerpause Klarheit schaffen.” Der durch die umstrittene Fracking-Methode, bei der mit Chemikalien und hohem Druck Öl- und Gasvorkommen im Untergrund abgebaut werden, in den USA ausgelöste Öl- und Gasboom erzeugt bei uns neidische Blicke über dem Atlantik. Doch in Deutschland ist Fracking in dieser Form (bislang) nicht erlaubt.



Allerdings hatte Gabriel der Haushaltsausschuss-Vorsitzenden Gesine Löttsch brieflich angekündigt, er wolle das sogenannte Frackinggesetz noch in der nächsten Woche ins Bundeskabinett einbringen. Als Auflage wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend gemacht. In Wasserschutzgebieten soll die Technologie zwar verboten werden – dennoch wäre Fracking dann auf fast 90 Prozent der Fläche in Deutschland erlaubt. “Weitergehende Anforderungen an das Fracking-Genehmigungsverfahren werden noch intern geprüft,” heißt es in dem Brief.

Im Schatten des Fußballs schon so manches durchgewinkt



Die [Huffington Post](#) veranlasste das zu dem Seitenhieb (“Was der Bundestag während der Fußball-WM so durchjubelt”), dass umstrittene Themen gerne am Rande von Fußball-Großereignissen eingebracht würden, wenn die Aufmerksamkeit sich auf das runde Leder konzentrierte: Am 28.06.2012 hatte das Parlament in homöopathischer Besetzung nach 57 Sekunden ein umstrittenes Meldegesetz durchgewinkt, nach dem Kommunen auch ohne Einverständnis Daten von Bürgern verkaufen durften. Die in letzter

Minute von der CSU verursachte Aufweichung musste später auf peinliche Weise repariert werden.

THE HUFFINGTON POST

Die “HuffPo” erläutert: Die beim Fracking ins Erdreich gepumpten giftigen Chemikalien stehen im Verdacht, Umweltschäden anzurichten, vor allem das Grundwasser zu gefährden. Den Befürwortern folgend kann Fracking Deutschland unabhängiger von Rohstoffimporten, speziell aus Russland, werden lassen. Experten schätzen, dass der deutsche Schiefergasvorrat die Bundesrepublik zehn Jahre lang versorgen könnte. 2013 scheiterte ein Versuch, Fracking in Deutschland generell zu erlauben, am Widerstand Nordrhein-Westfalens und Bayerns.

Grünen-Kritik: Regierung will Fracking grundsätzlich erlauben



Die Grünen machen Front gegen Gabriel - der habe mit seinem Schreiben ein “Fracking-Fördergesetz” angekündigt, kritisiert die grüne Energieexpertin Julia Verlinden: “Die Fracking-Kritik im Koalitionsvertrag ist nur noch Schall und Rauch”, so Verlinden. Im Bundestag erklärte Katrin Göring-Eckardt: „Wenn eine Verordnung beschlossen werden soll, die am Ende dafür sorgt, dass für 86 Prozent der Fläche in Deutschland Fracking erlaubt ist, dann hat das mit Trinkwasserschutz und Gesundheitsschutz nichts mehr zu tun.“ Dann gehe es vielmehr darum, Fracking grundsätzlich zu erlauben, so die Oppositions-Politikerin.



Aus dem [schwarz-roten Koalitionsvertrag](#): “Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab. Über Anträge auf Genehmigung kann erst dann entschieden werden, wenn die nötige Datengrundlage zur Bewertung vorhanden ist und zweifelsfrei geklärt ist, dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu befürchten ist (Besorgnisgrundsatz des Wasserhaushaltsgesetzes). Auch die Entsorgung des Flowback aus Fracking-Vorgängen mit Einsatz umwelttoxischer Chemikalien in Versenkbohrungen ist wegen fehlender

Erkenntnisse über die damit verbundenen Risiken derzeit nicht verantwortbar. Die Koalition wird unter Einbeziehung der Länder und der Wissenschaft in einem gemeinsamen Prozess mit den Unternehmen erarbeiten, welche konkreten Erkenntnisse die Erkundungen liefern müssen, um Wissensdefizite zu beseitigen und eine ausreichende Grundlage für mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. Dies soll in einem transparenten Prozess erfolgen. Im Dialog mit allen Beteiligten sollen unter Federführung der Wissenschaft Forschungsergebnisse bewertet werden. Die Koalition wird kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Wasserhaushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bergbaulicher Vorhaben vorlegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht.”

BBU kritisiert Vorstoß von BGR-Präsident – UBA anderer Überzeugung



Das [Berliner inforadio](#) bot am 14. 06.2014 einem Fracking-Fürsprecher ein breites Podium – dem Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hans-Joachim Kumpel: “Wir kennen aus geowissenschaftlicher Sicht keinen

Grund, der es verbieten sollte, Fracking durchzuführen”, sagte Kämpel, als ob damit die Ungefährlichkeit bewiesen sei. Denn nicht nur das [Umweltbundesamt \(UBA\)](#) sieht das völlig anders. In Dessau warnt man davor, dass die Fracking-Technologie zu Verunreinigungen des Grundwassers führen könne. Besorgnisse und Unsicherheiten bestünden besonders wegen des Einsatzes giftiger Chemikalien und der anschließenden Entsorgung des anfallenden Abwassers, so eine [Untersuchung vom Dezember 2012](#).

Der [Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz \(BBU\)](#) kritisierte Kämpels Vorstoß deutlich “als einen rein ideologisch motivierten Vorstoß, der keine naturwissenschaftliche Basis besitze”. Ohne neue Fakten auf den Tisch zu legen, habe der BGR-Präsident Fracking als praktisch risikolose Technik bezeichnet. Der BBU warf Kämpel vor, “Erkenntnisse aus den USA, Schadensereignisse aus der Vergangenheit und die internationale Fachliteratur bewusst auszublenden”.



Als “grob irreführend” bezeichnete der BBU dabei die beschönigende Aussage des BGR-Präsidenten, Fracking sei in Deutschland in über 50 Jahren in mehr als 320 Fällen angewandt worden; „dabei habe man Erfahrungen gewonnen.“ Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstands erklärt: „BGR-Präsident Kämpel wirft Nebelkerzen. Ein systematisches Monitoring, eine Überprüfung der Frac-Vorgänge und eine unabhängige Auswertung von Monitoring-Ergebnissen existieren nicht. Bereits in der Vergangenheit haben Experten immer wieder die Offenlegung angeblicher Daten gefordert. Dies ist die BGR bis heute schuldig geblieben. Die immer wieder vorgebrachten positiven Erfahrungen mit Fracking existieren nicht.“

Plenardebatte während Viertelfinalspiel?

Wann der Bundestag über das Frackinggesetz abstimmt, ist noch offen. Vor der Sommerpause gibt es noch zwei Plenarwochen. Zum letzten Mal vor der Sommerpause tritt der Bundestag am 4. Juli zusammen – ausgerechnet der “60. Jahrestag des ‘Wunders von Bern’” ([HuffPo](#)). Und ausgerechnet an diesem Abend könnte, wenn es klappt, die deutsche Nationalmannschaft gegen Argentinien oder Frankreich um den Einzug ins Halbfinale spielen.

Solarify fragt: “Déjà-vu?” und weist auf das [Solarify-Dossier “Schiefergas”](#) hin.

->Quelle(n): [iwr.de](#); [huffingtonpost.de](#); [tagesschau.de/koalitionsvertrag](#); [fr-online.de](#); [energiezukunft.eu](#); [taz.de](#); [umweltbundesamt.de](#); [www.bbu-online.de](#);

Redaktionsschluss: 30.06.2014

Verantwortlich:



SOLARIFY 


Agentur Zukunft



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR
CHEMISCHE ENERGIEKONVERSION

Prof. Dr. Robert Schlögl
Stiftstrasse 34-36
45470 Mülheim an der Ruhr
Germany

Phone: +49 (0)208 306 - 4
Fax: +49 (0)208 306 - 3951
E-Mail: info@solarify.de
Internet: <http://www.cec.mpg.de/>

Agentur Zukunft – Büro für Nachhaltigkeitsfragen

Phone: +49 (0)30 3641 6666
Fax: +49 (0)30 3641 6669
E-Mail: info@solarify.de
Internet: <http://www.agentur-zukunft.eu>